

Vergabestelle
Landkreis Tirschenreuth
Mähringer Str. 7
95673 Tirschenreuth
DEUTSCHLAND
Tel 09631/88-725

Fax 09631/700-139

Datum der Versendung **08.05.2026**

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung
ohne Teilnahmewettbewerb
☐ Beschränkte Ausschreibung
mit Teilnahmewettbewerb
☐ Freihändige Vergabe

Ablauf der Angebotsfrist

Datum **01.06.2026** Uhrzeit **10:00 Uhr**

(Er)Öffnungstermin

Datum **01.06.2026** Uhrzeit **10:00 Uhr**

Ort ./.

Raum ./.

Bindefrist endet am **01.07.2026**

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gemäß Abschnitt 1 VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

Sanierung von Kreisstraßen

Kreisstraße TIR 21

Vergabenummer

011/2026

Leistung

Ausbau der Ortsdurchfahrt Riglasreuth

Anlagen

A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:

- ☒ 212 Teilnahmebedingungen (Ausgabe 2019)
☐ 2120.StB Ergänzung Teilnahmebedingungen
☐ 216 Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
☐ 2260.StB Mindestanforderungen an Nebenangebote
☐ 227.StB Gewichtung der Zuschlagskriterien
☐ 2270.StB Gewichtung der Zuschlagskriterien
☒ 2440 Informationen zur Datenerhebung
☐ 2492 Online-Vergaben
☐
☐
☐
☐
☐

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
☐ 214.LE Besondere Vertragsbedingungen
☒ Besondere Vertragsbedingungen
☐ 2140.LE Weitere Besondere Vertragsbedingungen
☐ 2140.StB Weitere Besondere Vertragsbedingungen
☐ 2140.Wa Weitere Besondere Vertragsbedingungen
☐ 225 Stoffpreisgleitklausel

- ☐ 2290.StB Beschleunigungsvergütung
- ☒ 2330 Nachunternehmererklärung
- ☒ 2410 Abfall – EBV
- ☒ 244 Datenverarbeitung
- ☒ 9002.StB Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen Stand
- ☒ **Zusätzliche Vertragsbedingungen für den Straßen- und Brückenbau**
- ☒ **Asphalt - Kommunalstraßenregelung**
- ☒ **Niederschrift Entnahme Bohrkerne KFB-Asphalt**
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind

- ☒ 213.StB Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis / Leistungsprogramm
- ☒ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☒ Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt KFB VE 1a oder 1b
- ☐ 2271.StB Zuschlagskriterium Fahrbahnmietsystem
- ☐ 2272.StB Zuschlagskriterium Qualität
- ☐ 2273.StB Zuschlagskriterium Bauprozessmanagement Asphalt
- ☐ 2274.StB Zuschlagskriterium Bauablaufplanung
- ☐ 2275.StB Zuschlagskriterium Eignung Personal
- ☐ 2277.StB Zuschlagskriterium Wiederverwendung von Baustoffen
- ☐ 2292.StB Erklärung zu Fahrzeug-Rückhaltesystemen
- ☒ 233 Nachunternehmerleistungen
- ☒ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ 2481 Erklärung zur Lieferung und Verwendung von gebietseigenen Pflanzen
- ☐ 2491 Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- ☐ 223 Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☒ **Aufgliederung der Einheitspreise KFB VE 1c - Abschnitt 1**
- ☒ **Aufgliederung der Einheitspreise KFB VE 1c - Abschnitt 2**
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

1 Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen zu vergeben im Namen und für Rechnung

Landkreis Tirschenreuth

diese vertreten durch:

dieser/diese/dieses vertreten durch:

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
 - ☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
 - ☐ in Kombination: bis zur Angebots(er)öffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform
- Stelle
- Straße
- PLZ/Ort
- E-Mail
- Fax

3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)

3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

- ☐ siehe Formblatt 216 – Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☒ **siehe Bst. C**
- ☐
- ☐

3.2 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot auf gesonderter Anlage zu den in der Anlage 227-Gewichtung der Zuschlagskriterien genannten bzw. angekreuzten Zuschlagskriterien vorzulegen:

- ☐ siehe Formblatt 216 – Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☐
- ☐
- ☐

3.3 Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert.
- ☐ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

- ☐ nicht nachgefordert

3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- ☐ siehe Formblatt 216 – Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☒ **siehe Bst. D**
- ☐
- ☐

4 Losweise Vergabe:

- ☒ nein
- ☐ ja, Angebote sind möglich

- ☐ nur für ein Los
☐ für ein Los oder mehrere Lose

- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

5 Mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☐ zugelassen
 Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein. § 13 Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.
☒ nicht zugelassen.

6 Nebenangebote

- 6.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen; Nummer 4 der Teilnahmebedingungen gilt nicht.

- 6.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
☐ für die gesamte Leistung
☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

- ☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

- ☐ unter folgenden weiteren Bedingungen:
- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
 - ☐ Nebenangebote mit Pauschalierungen für Leistungen im Erdbau sind nicht zugelassen
 - ☐ Nebenangebote zur Verkürzung der Einzelfristen für Verkehrsbeschränkungen sind zugelassen. Diese müssen folgende Angaben und Unterlagen enthalten:
 - Anzahl der Kalendertage der Verkürzung,
 - Kosten für die Verkürzung gesondert für:
 - o Mehr-/Minderkosten für jede Leistungsposition,
 - o ggf. gesonderte OZ (Positionen) für durch die Verkürzung erforderlich werdende Leistungen, z. B. zusätzliche Baustelleneinrichtungen und Baustellensicherung, etc.
 - Verbindlicher Bauablaufplan mit allen wichtigen terminlichen Einzelheiten der beschleunigten Baudurchführung,
 - Erläuterungen zur Sicherstellung der angebotenen verkürzten Fristen,
 - Erläuterungen zur Sicherstellung der Qualität,
 - Erläuterungen zum gewählten Bauverfahren, Art und Anzahl der vorgesehenen Baugeräte, Personaleinsatz.

☐

Zusätzlich zu Nr. 4 der Teilnahmebedingungen gilt:

☐

Nebenangebote müssen die Mindestanforderungen der Baubeschreibung Abschnitt 1.5 und die Vorgaben in den einschlägigen Regelwerken gemäß beigefügtem Formblatt 2260.StB - Mindestanforderungen Nebenangebote erfüllen und im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein.

7 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote:

- ☒ Zuschlagskriterium Preis
Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.
Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung preislich günstigerer Grund- oder Wahlpositionen, ggf. monetarisierter Zuschlagskriterien sowie eines eventuellen Nachlasses ohne Bedingungen.
- ☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Gewichtung der Zuschlagskriterien

Bei der Vergabe von Aufträgen werden Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und anerkannte Blindenwerkstätten als bevorzugte Bieter berücksichtigt. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Angeboten wird der von einem bevorzugten Bieter angebotene Preis mit einem Abschlag von 10 Prozent gewertet. Falls das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird, wird der Ermittlung des Abschlags auf den Preis nur derjenige Anteil zugrunde gelegt, den bevorzugte Bieter an dem Gesamtangebot der Bietergemeinschaft haben. Ist das Angebot eines bevorzugten Bieters ebenso wirtschaftlich wie das eines sonstigen Bieters, so ist dem bevorzugten Bieter der Zuschlag zu erteilen.

8 Zugelassene Angebotsabgabe

- ☒ Elektronisch
- ☒ in Textform
 - ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel
 - ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

- ☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

- ☐ siehe Briefkopf
- ☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe „Angebot für ...“

Maßnahmennummer:	Baumaßnahme:
Vergabenummer: 011/2026	Leistung:

zu versehen (ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels).

9 Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann (Nachprüfungsstelle nach § 21 VOB/A):

Regierung der Oberpfalz, Emmeramsplatz 8, 93047 Regensburg

10

Unklarheiten, Widersprüche oder Fehler in den Vergabeunterlagen sind dem Auftraggeber unverzüglich nach Kenntnisnahme schriftlich über das Vergabeportal Aumass mitzuteilen. Bieterfragen müssen spätestens bis zum 27.05.2026 (Bieterfragefrist) eingereicht werden. Fragen, die nach diesem Zeitpunkt eingehen, können vom Auftraggeber unbeantwortet bleiben, sofern eine Beantwortung nicht zwingend erforderlich ist, um ein ordnungsgemäßes Angebot abzugeben.

Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

Einheitliche Fassung

Hinweis:

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 1).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- und fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig. Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulation“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte / mit Siegel versehene Erklärung abzugeben.
- 5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Nachunternehmen

Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Nachunternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf Verlangen die vorgesehenen Nachunternehmen benennen.

7 Eignung

7.1 Öffentliche Ausschreibung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

7.2 Beschränkte Ausschreibungen / Freihändige Vergaben

Ist der Einsatz von Nachunternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von Nachunternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten Nachunternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte Nachunternehmer) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

Informationen zur Datenerhebung gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Tirschenreuth
Mähringer Str. 7
95643 Tirschenreuth
Tel.: 09631 / 88 - 0
Mail: Poststelle@Tirschenreuth.de

Kontakt Daten der/des Datenschutzbeauftragten

Zweckverband Landkreis-Service-Center (LSC)
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Mähringer Str. 7
95643 Tirschenreuth
Mail: Datenschutz@Tirschenreuth.de

Zwecke der Verarbeitung, Rechtsgrundlage für die Verarbeitung und Speicherdauer

Die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten werden durch

Landkreis Tirschenreuth
Mähringer Str. 7
95643 Tirschenreuth
Tel.: 09631 / 88 - 0
Mail: Poststelle@Tirschenreuth.de

und von dieser/m mit der Vorgangsbearbeitung beauftragte externe Dienstleister (z.B. Projektsteuerer und Planungsbüros) nach den geltenden Datenschutzbestimmungen, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes/Bayerischen Datenschutzgesetzes in der jeweils aktuellen Fassung, streng vertraulich behandelt und genutzt. Diese Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung der Bewerbung/des Angebotes und eines daraus resultierenden Vertragsabschlusses der Vertragsparteien. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens oder eines Vertragsabschlusses werden die Daten für die Dauer der Verarbeitung und Speicherung personenbezogener Daten gemäß den verwaltungsspezifischen und haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen aufbewahrt und anschließend gelöscht.

Ihre personenbezogenen Daten werden durch den Verantwortlichen verarbeitet und können im Rahmen von Repräsentationsaufgaben nach Fertigstellung und Eröffnung des fertiggestellten Objektes der nutzenden Behörde übermittelt werden. Soweit Ihre Daten elektronisch verarbeitet werden, erfolgt der technische Betrieb unserer Datenverarbeitungssysteme durch das IT-Dienstleistungszentrum am Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung als Auftragsverarbeiter.

Die Datenerhebung und -verarbeitung beruht auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b, c und e DSGVO i.V.m. § 3 Bundesdatenschutzgesetz sowie Art. 4 Absatz 1, Art. 5 Abs. 1 S.1 BayDSG.

Ihre Rechte

Bezüglich der über Sie bei uns gespeicherten Daten haben Sie das Recht auf

- Auskunft nach Artikel 15 DSGVO,
- Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO,
- Löschung nach Artikel 17 DSGVO,
- Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO sowie
- Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DSGVO.

Darüber hinaus haben Sie nach Artikel 21 DSGVO das Recht, der Verarbeitung Ihrer Daten zum o.g. Zweck jederzeit zu widersprechen.

In den genannten Fällen richten Sie Ihr Schreiben bitte an

Landkreis Tirschenreuth

Mähringer Str. 7

95643 Tirschenreuth

Tel.: 09631 / 88 - 0

Mail: Poststelle@Tirschenreuth.de

Nach Artikel 77 DSGVO steht Ihnen ein jederzeitiges Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde zu.

Baubeschreibung

- Angebotsbestandteil -

Die nachfolgenden Angaben befreien den Bieter nicht von der Verpflichtung zur genauen Prüfung der für das Angebot und die Durchführung der Bauarbeiten maßgebenden örtlichen Verhältnisse.

Bezeichnung der Bauleistung

Ausbau der Kreisstraße TIR 21 OD Riglasreuth, Landratsamt Tirschenreuth

Dorferneuerung Riglasreuth BA 2, TG Riglasreuth – Weihermühle

Straßenbeleuchtung Riglasreuth – Gemeinde Neusorg

Inhalt

Baubeschreibung	1
Inhalt	1
1. Allgemeine Beschreibung der Bauleistung	4
1.1 Auszuführende Leistungen.....	6
1.1.1 Allgemein	6
1.1.2 Straßenbauarbeiten Ortsdurchfahrt Riglasreuth Kreisstraße TIR 21	6
1.1.3 Ausbau die straßenbegleitenden Gehwege sowie Seitenflächen der Ortsdurchfahrt Riglasreuth Kreisstraße TIR 21	6
1.1.4 Brückenbauarbeiten	7
1.1.5 Landschaftsbau	7
1.1.6 Auftraggeberaufgaben nach Baustellenverordnung	7
1.2 Ausgeführte Vorarbeiten	7
1.2.1 Beweissicherung	7
1.2.2 Vermessung	7
1.2.3 Kampfmittelbeseitigung	7
1.2.4 Holzeinschlag	7
1.2.5 Abbrucharbeiten	8
1.2.6 Behelfsbrücken	8
1.3 Ausgeführte Leistungen.....	8
1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten	8
1.4.1 Brücken, Durchlässe	9
1.4.2 Ver- und Entsorgungsleitungen, Kabel	9
1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote	9
2. Angaben zur Baustelle	10
2.1 Lage der Baustelle	10
2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege	10
2.3 Zugänge, Zufahrten	10
2.3.1 Zur Baustelle (verkehrliche Erschließung).....	10
2.3.2 Zugänge und Zufahrten zu den Anliegergrundstücken	11
2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	11

2.5	Lager- und Arbeitsplätze	11
2.6	Gewässer / Oberflächenwasser	12
2.6.1	Fließgewässer, Vorfluter	12
2.6.2	Ableitung des Oberflächenwassers von den Bau- und Verkehrsflächen	12
2.6.3	Unterbrochene Dränagen und Gräben	13
2.6.4	Wasserstände	13
2.6.5	Höchster Bauwasserstand	13
2.6.6	Gewässerumleitung	13
2.7	Baugrundverhältnisse	13
2.7.1	Bodenaufschlüsse, Baugrundgutachten	13
2.7.2	Schadstoffbelastungen	13
2.8	Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen	14
2.9	Schutzbereiche. Schutzobjekte und Beweissicherung	14
2.9.1	Natur- und Landschaftsschutz	14
2.9.2	Bäume, Flurgehölze und Kleinstrukturen	15
2.9.3	Immissionsschutz - Bereiche und Objekte	15
2.9.4	Gewässerschutz, Wasserschutzgebiete	15
2.9.5	Vermutete Bodenfunde	16
2.9.6	Weitere zu schützende Objekte, Nachbarbebauung und Privatgrundstücke, Grenzmarkierungen	16
2.10	Anlagen im Baubereich	17
2.10.1	Gleisanlage	17
2.10.2	Allgemeine Vorgaben zu den Ver- und Entsorgungsleitungen	17
2.10.3	Leitungen	18
2.11	Öffentlicher Verkehr im Baubereich	18
3.	Angaben zur Ausführung	18
3.1	Verkehrsführung. Verkehrssicherung	18
3.1.1	Aufrechterhaltung des Verkehrs	19
3.1.2	Verkehrsbeschränkung	21
3.2	Bauablauf	21
3.2.1	Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten	21
3.2.2	Zusammenwirken mit anderen Unternehmen	21
3.3	Wasserhaltung	21
3.4	Baubeihilfe	22
3.5	Stoffe, Bauteile	22
3.7	Winterbau	24
3.8	Beweissicherung	24
3.9	Sicherungsmaßnahmen	24
3.10	Belastungsannahmen (Brückenbau)	24
3.11	Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren	24
3.12	Prüfungen	25
3.13	Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes	25
4.	Ausführungsunterlagen	26

4.1	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen	26
4.2	Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen	26
5.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	28
5.1	Geltende "Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen" (ZTV)	28
5.2	Änderungen und Ergänzungen der ZTV	28
5.3	Sonstige Zusätzliche Technische Vereinbarungen der Straßenbaubehörde	28
6.	Umleitungsstrecke	30
	Anmerkungen und Ergänzungen	31

- GAEB-Datei
- Plan Nr. 1 OD Riglasreuth - DE Riglasreuth Übersichtslageplan
- Plan Nr. 2 OD Riglasreuth - DE Riglasreuth Lageplan 0+000 - 0+125
- Plan Nr. 3 OD Riglasreuth - DE Riglasreuth Lageplan 0+125 - 0+275
- Plan Nr. 4 OD Riglasreuth - DE Riglasreuth Lageplan 0+275 - 0+361
- Plan Nr. 5 OD Riglasreuth - DE Riglasreuth Höhenplan 0+000 - 0+205
- Plan Nr. 6 OD Riglasreuth - DE Riglasreuth Höhenplan 0+205 - 0+361
- Plan Nr. 7 OD Riglasreuth - DE Riglasreuth Regelprofile
- Unterlage 2025-06-05 Baugrunduntersuchung

Folgende Bedingungen und Leistungen sind in die vorhandenen Positionen einzurechnen:

1. Allgemeine Beschreibung der Bauleistung

Der Ausschreibung liegt die „Leistungsbeschreibung für den Straßen- und Brückenbau in Bayern“ (LB StB-By, Ausgabe 02/2007) einschließlich Änderungsdienst Stand 10/2018, herausgegeben von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren zugrunde.

Die im LV verwendeten Standardleistungsnummern (STL-Nr.) und Kurzbeschreibungen der Arbeitsvorgänge entsprechen den STL-Nr. und den in Fettdruck hervorgehobenen Kurztexten der LB StB-By. Bei Verwendung der Kurzbezeichnungen gilt der vollständige Text der LB StB-By als Vertragsbestandteil. Die Hinweise zu Aufbau und Anwendung der LB StB-By sind zu beachten.

Leistungen, deren Text nicht dem in der LB StB-By abgedruckten entspricht, haben keine Ordnungszahl (OZ), sondern lediglich eine lfd. Pos.Nr. Sämtliche Vorbemerkungen zu den einzelnen Abschnitten in der LB StB-By gelten jedoch für alle in den jeweiligen Abschnitt aufgeführten Leistungen, gleichgültig, ob sie eine OZ oder nur eine Pos. Nr. haben.

Alle Vorbemerkungen zu den einzelnen Abschnitten werden Vertragsbestandteil.

Auftraggeber

Der Landkreis Tirschenreuth ist Auftraggeber für sämtliche Haupt- und Nebenarbeiten zum Ausbau der Kreisstraße TIR 21 OD Riglasreuth (Abschnitt 1).

Die TG Riglasreuth – Weihermühle ist Auftraggeber für sämtliche Haupt- und Nebenarbeiten der Dorferneuerung Riglasreuth BA 2 (Abschnitt 2, MKZ 122 017).

Die Gemeinde Neusorg ist Auftraggeber für sämtliche Haupt- und Nebenarbeiten der Maßnahmen Straßenbeleuchtung (Abschnitt 3).

Rechnungslegung

Sämtliche Abschlags- und Schlussrechnungen sind in jeweils 1-facher Ausfertigung in Papierform sowie in digitaler Form (*.txt, *.pdf, *.xlsx) aufzustellen, einschließlich aller weiter erforderlichen Unterlagen (Aufmaße, Lieferscheine, Massenzusammenstellungen etc.) und dem Auftraggeber prüffähig vorzulegen.

Die Aufmaßerstellung und Rechnungslegung ist in folgende Abschnitte aufzuteilen:

- Abschnitt 1, Ausbau Kreisstraße TIR 21 OD Riglasreuth
- Abschnitt 2, MKZ 122 017, DE Riglasreuth BA 2
- Abschnitt 3, Straßenbeleuchtung

- Ggf. werden Leistungen für Versorgungsträger von den jeweiligen Versorgungsträgern an den AN beauftragt. Die Art der Abrechnung dieser Leistungen ist vom Auftragnehmer mit den Versorgungsträgern abzustimmen.

Der entsprechende Mehraufwand für die Aufmaßerstellung und Rechnungslegung in der v.g. Form ist in die Einheitspreise einzukalkulieren und wird darüber hinaus nicht gesondert vergütet.

Beschleunigte Bauabrechnung

Der Ablauf und die Abrechnung dieser Baumaßnahme hat nach den Vorgaben für die beschleunigte Bauabrechnung zu erfolgen. Der AN muss seine Personalplanungen nach diesen Vorgaben ausrichten und hat gemeinsam mit dem AG dafür Sorge zu tragen, dass die Vorgaben erfüllt werden.

Baustellentermin

Es ist wenigstens einmal wöchentlich ein zeitlich vereinbarter regelmäßig stattfindender Baustellentermin (Jour fixe) gemeinsam mit dem AG sowie im Bedarfsfall mit Anliegern, den zuständigen Ämtern, Behörden und sonstigen von der Baumaßnahme Betroffenen (Ver- und Entsorgungsträger etc.) anberaumt.

Der Termin dient dazu, die Koordination der Arbeiten zu aktualisieren und zu optimieren um die Rahmenbauzeit zu sichern. Die Teilnahme des AN ist von diesem sicherzustellen.

Nachforderungen

Nachforderungen jeder Art sind vor Ausführung jeweiliger Leistungen bei der Bauaufsicht des AG schriftlich anzuzeigen und zu beantragen. Die Ausführung darf erst nach einer diesbezüglichen Genehmigung erfolgen.

Durch die Unterzeichnung seiner Angebotsunterlagen erklärt der Auftragnehmer, dass er sich über alle örtlichen und sachlichen Verhältnisse zu dem gegenständlichen Bauvorhaben informiert hat, so dass Nachforderungen, die sich auf Unkenntnis der örtlichen und sachlichen Verhältnisse gründen, ausgeschlossen sind.

1.1 Auszuführende Leistungen

1.1.1 Allgemein

Die vorliegende Baumaßnahme des Abschnittes 1 umfasst die Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Ortsdurchfahrt der Kreisstraße TIR 21 sowie die Verlängerung eines Gehweges von der Einmündung des Fichtelnaabradweges bis zur Fichtelnaabbrücke in Riglasreuth.

Der Abschnitt 2 umfasst den Ausbau die straßenbegleitenden Gehwege sowie Seitenflächen der Ortsdurchfahrt der Kreisstraße TIR 21 in Riglasreuth.

Der Abschnitt 3 umfasst die Leistungen zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung der Ortsdurchfahrt der Kreisstraße TIR 21 in Riglasreuth.

Der Ortsteil Riglasreuth liegt im Landkreis Tirschenreuth, ca. 13 km nordöstlich der Stadt Kemnath und ca. 10 km südwestlich der Stadt Waldershof.

Erreichbar ist Riglasreuth über die südlich der Ortschaft angrenzende, überregional bedeutsame Staatsstraße St 2177 „Kulmain – Marktrechwitz“.

1.1.2 Straßenbauarbeiten Ortsdurchfahrt Riglasreuth Kreisstraße TIR 21

Der Ausbaubereich beginnt an der Einmündung in die St 2177, Bau-km 0+000, und reicht bis zum Ausbauende der Dorferneuerungsmaßnahme bei Bau-km 0+361,125.

Zwischen Bau-km 0+094,878 bis 0+118,643 quert die Fichtelnaab die Kreisstraße.

Die Brücke wurde 2019 saniert.

Von den Fahrbahnübergängen bei Bau-km 0+094,878 und 0+118,643 muss ausreichend Abstand gehalten werden.

Der Bereich zwischen Bau-km 0+089,559 und 0+123,427 muss erhalten bleiben.

Die Gesamtlänge der zum grundhaften Ausbau vorgesehenen Strecke beträgt 327,257 m.

Der konstruktive Aufbau der Kreisstraße erfolgt gem. RStO 12 wie folgt:

- 4 cm Asphaltbeton (AC 11 DN)
- 14 cm Asphalttragschicht (AC 32 TN)
- 52 cm Frostschuttschicht (0/56)
- 70 cm Gesamtaufbau

1.1.3 Ausbau die straßenbegleitenden Gehwege sowie Seitenflächen der Ortsdurchfahrt Riglasreuth Kreisstraße TIR 21

Der konstruktive Aufbau der Gehwegen, Seitenflächen und Längsparkstellplätzen erfolgt gem. RStO 12 wie folgt:

- 4 cm Asphaltbeton (AC 08 DN)
- 10 cm Asphalttragschicht (AC 22 TN)
- 15 cm Schottertragschicht 0/32
- 41 cm Frostschuttschicht (0/56)
- 70 cm Gesamtaufbau

- 10 cm Betonsteinpflaster / Granitpflaster
- 4 cm Splittbettung 2/5
- 15 cm Schottertragschicht 0/32
- 31 cm Frostschuttschicht 0/56

60 cm Gesamtaufbau
1.1.4 Brückenbauarbeiten

- entfällt -

1.1.5 Landschaftsbau

Die Zusätzlichen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau (ZTV La-StB 05) sind zu beachten.

Der bestehende Baum- und Heckenbestand neben dem direkten Baufeld soll, soweit nicht ausdrücklich dessen Entfernung angeordnet wird, bei den Bauarbeiten geschützt werden. Hierbei wird auf die Vorschriften der DIN 18920 und der R SBB (Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen bei Baumaßnahmen) hingewiesen.

Im unmittelbaren Umgriff (Kronentraufbereich) von Gehölzen - soweit sie zu erhalten sind - darf der Oberboden nicht entfernt, verdichtet oder befahren werden.

Der anstehende Oberboden ist nur im unbedingt erforderlichen Umfang gem. der Leistungsbeschreibung abzutragen.

1.1.6 Auftraggeberaufgaben nach Baustellenverordnung

Entsprechend den MS II 09-43345-002/04 werden die Leistungen zur Baustellenverordnung an einen gesonderten Auftragnehmer vergeben.

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

1.2.1 Beweissicherung

Vom Auftraggeber wurde ein unabhängiger Gutachter zur Durchführung eines Beweissicherungsgutachtens beauftragt.

1.2.2 Vermessung

Alle Absteckungen und Vermessungsleistungen erfolgen durch den AN. Für die Abgeltung ist eine entsprechende Leistungsposition vorgesehen.

Koordinatensystem: GK 4, DHHN12.

Vom AG werden die Koordinaten der Fahrachsen und der Fahrbahnränder zur Verfügung gestellt. Ggf. erforderliche Datenerstellung zur Maschinensteuerung ist Sache des AN. Aufwendungen hierfür sind in die Position Baustelleneinrichtung herstellen einzukalkulieren.

1.2.3 Kampfmittelbeseitigung

Kampfmittel im direkten Baubereich sind dem Auftraggeber nicht bekannt.

1.2.4 Holzeinschlag

- entfällt -

1.2.5 Abbrucharbeiten

- entfällt -

1.2.6 Behelfsbrücken

- entfällt -

1.3 Ausgeführte Leistungen

- entfällt -

1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

Die ausgeschriebenen Arbeiten sind Vertragsleistungen und damit vom AN in der vorgegebenen Bauzeit zu erbringen. Die Disposition und Koordination hierzu obliegt dem AN. Wesentliche Zwischentermine wie z.B. die Fertigstellung von Teilmaßnahmen, Leitungsverlegungen und die gesamte Verkehrsführung im Zuge der Anpassung angrenzender Straßen und Wege sind bei der Baudurchführung vom AN zu beachten und eigenverantwortlich durchzuführen.

Behinderungen aus gleichzeitig laufenden Bauarbeiten

Telekom:

Im Auftrag der Telekom wird die Erweiterung der Breitbandversorgung erfolgen. Ausgeführt wird dies von einem durch die Telekom beauftragten Bauunternehmen. Die Ausführung der Breitbandverlegung kann nur zeitgleich innerhalb der Gesamtmaßnahme erfolgen.

Energieversorgung:

Im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH werden Kabel zur Energieversorgung verlegt sowie weitere Arbeiten zur Herstellung der Straßenbeleuchtung ausgeführt.

Sämtliche auf Grund dieser v.g. gleichzeitig laufenden Bauarbeiten resultierenden Behinderungen und Erschwernisse werden **nicht** gesondert vergütet, sondern sind im Angebot bereits zu berücksichtigen und entsprechend in die Einheitspreise mit einzubeziehen.

Die räumliche und terminliche Koordination der diesbezüglich anfallenden Arbeiten einschließlich der erforderlichen Montagearbeiten durch Dritt- und/oder Fachfirmen ist ebenfalls Sache des AN. Etwaige Aufwendungen hieraus sind in die Baustelleneinrichtung und Betrieb einzurechnen.

Darüber hinausgehende, gesonderte Vergütungsansprüche oder Nachforderungen sind - auch für Verzögerungen im Bauablauf auf Grund unzureichender Koordinierung der Einzelgewerke - ausgeschlossen und können seitens des AN nicht geltend gemacht werden.

Es ist Sache der Auftragnehmer, sich untereinander mit Hilfe von Bauzeitenplänen und in Absprache mit dem Auftraggeber sowie deren Beauftragten, termingemäß abzustimmen um gegenseitige Behinderungen zu vermeiden.

Federführung und Koordination obliegt dabei dem AN.

1.4.1 Brücken, Durchlässe

- entfällt -

1.4.2 Ver- und Entsorgungsleitungen, Kabel

Im Baubereich sind folgende Ver- und Entsorgungseinrichtungen bekannt:

Mischwasserkanal DN 150 / 300, Gemeinde Neusorg
Schmutzwasserkanal DN 150 / 250 / 300, Gemeinde Neusorg
Regenwasserkanal DN 15 / 300, Gemeinde Neusorg
Trinkwasserleitung DN 32 / 80 / 100, Gemeinde Neusorg
Fernmeldekabel, Telekom
Kabelbünde Breitbandversorgung, Telekom
Kabel Energieversorgung, Bayernwerk Netz GmbH

Etwaige weitere Änderungen von Kabeln und Leitungen sind in Absprache mit den VU vorzunehmen. Ansonsten ist der Leitungsbestand zu schützen.

1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote

Entfällt. Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2. Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Die Baustelle befindet sich im Ortsteil Riglasreuth.



Quelle: <https://geoportal.bayern.de/bayernatlas>

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Staatsstraßen St 2177 und St 2181, Kreisstraße TIR 21.

Die im unmittelbaren Baubereich befindlichen öffentlichen Verkehrswege und Zufahrten sind während der gesamten laufenden Bauarbeiten aufrecht und zugänglich zu halten. Dies gilt auch für einzelne verkehrswirksame Teilabschnitte.

Daraus entstehende Kosten sind in die Position "Baustelleneinrichtung vorhalten" einzurechnen. Anlieger sind durch den AN vor Sperrungen rechtzeitig schriftlich zu informieren, die daraus resultierenden Kosten sind in die Position "Baustelleneinrichtung herstellen" einzukalkulieren.

2.3 Zugänge, Zufahrten

2.3.1 Zur Baustelle (verkehrliche Erschließung)

Die Baustelle ist über das öffentliche Straßennetz zu erreichen.

Unterhalt und Wiederherstellung genutzter Baustellenzufahrten

Die aus Anlass der Baumaßnahme befahrenen öffentlichen Straßen und Wege sind - soweit sie über das allgemeine und dem Ausbauzustand entsprechende Maß hinaus beansprucht werden - für die Dauer der Benutzung zu unterhalten und anschließend wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.

Die Kosten für die Befestigung vorhandener Zufahrtswege und die Wiederherstellung des ursprünglich vorgelegenen Zustandes sowie die Herstellung, Unterhaltung und Beseitigung sämtlicher für die ausgeschriebenen Leistungen notwendigen bzw. ggf. erforderlicher Baustraßen, Baurampen und Baustellenzufahrten ist ausschließlich Sache des AN und sind ebenfalls in die Einheitspreise mit einzukalkulieren.

Für eventuell auftretende Schäden auch außerhalb der zur Verfügung gestellten Bau- und Verkehrsflächen haftet der AN.

Mit der Schlussrechnung hat der AN zu bestätigen, dass diesbezügliche berechnete Ansprüche Dritter abgefunden sind und weitere Forderungen seitens Anlieger oder Grundstückseigentümer nicht entstehen.

Unterhalt und Sicherung öffentlicher Verkehrsflächen

Die örtlichen Zufahrten sind so zu befestigen, dass eine Verschmutzung der Verkehrsflächen möglichst gering gehalten wird. Die im Zuge der Baumaßnahme benutzten Verkehrsflächen (Straßen, Wege, Zufahrten) sind für die Dauer der Benutzung laufend verkehrssicher zu unterhalten und zu reinigen, so dass eine uneingeschränkte verkehrssichere Benutzung durch die berechtigten Wegbenutzer jederzeit gesichert ist.

Der AN ist verpflichtet, Beschädigungen und Verschmutzungen im Baustellen- und den angrenzenden Bereichen infolge seiner Arbeiten zu vermeiden. Wenn dies nicht möglich ist, hat er dies auf seine Kosten zu beseitigen. Entstehende Kosten sind in die Einheitspreise der Position "Baustelle räumen" einzurechnen.

2.3.2 Zugänge und Zufahrten zu den Anliegergrundstücken

Zugänge und Zufahrten zu den angrenzenden Grundstücken sind jederzeit aufrecht zu erhalten.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlüsse für Wasser, Abwasser, Strom und sonstige Anlagen werden vom Auftraggeber nicht zur Verfügung gestellt. Anschlussmöglichkeiten sind vom AN selbst zu beschaffen und mit dem jeweiligen Versorgungsträger ohne gesonderte Vergütung zu vereinbaren.

Ein gesonderter Vergütungsanspruch zusätzlich zu den dafür vorgesehenen Einheitspreisen bzw. der Baustelleneinrichtung ist gegenüber dem Auftraggeber nicht gegeben.

Abwässer sind gemäß den gesetzlichen Vorschriften zu entsorgen.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Lager- und Arbeitsplätze sowie Flächen für die Baustelleneinrichtung werden vom AG zur Verfügung gestellt.

Randbereiche der gekennzeichneten Flächen, die an Biotop, Gewässer sowie landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen angrenzen, können nicht in Anspruch genommen werden.

Die Flächen sind vom Auftragnehmer zur Nutzung herzurichten. Die anfallenden Kosten für die Herstellung sind in die Leistungspositionen "Baustelleneinrichtung herstellen", die Unterhaltung in die Leistungspositionen

"Baustelleneinrichtung vorhalten" und den Rückbau dieser Flächen in die Leistungspositionen "Baustelleneinrichtung räumen" einzukalkulieren.

Für die Flächen zur Zwischenlagerung von Bodenabtrag wird Oberboden Ab- und Auftrag vergütet.

Vor Inanspruchnahme privater Flächen sind durch den AN mit dem jeweiligen Eigentümer entsprechende vertragliche Regelungen zu treffen. Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, die während der Bauzeit vorübergehend in Anspruch genommen werden, müssen nach Abschluss der Bauarbeiten so rekultiviert werden, dass die weitere Nutzung in der ursprünglichen Form wieder erfolgen kann. Die anfallenden Kosten sind in die Leistungsposition "Baustelleneinrichtung räumen" einzurechnen.

Das Herstellen, Unterhalten und Rückbau von Arbeitsebenen für z.B. Hebe-geräte etc. wird nicht gesondert vergütet und ist in die jeweiligen Positionen "Baustelleneinrichtung herstellen" einzurechnen.

Die Aufstellung einer firmeneigenen Bautafel (Standort und Größe) darf nur nach Genehmigung durch den Auftraggeber erfolgen. Spätestens 4 Wochen nach Fertigstellung hat der Auftragnehmer die Bautafel unaufgefordert restlos zu entfernen, ansonsten wird die Bautafel ohne weitere Aufforderung durch den Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers beseitigt.

2.6 Gewässer / Oberflächenwasser

2.6.1 Fließgewässer, Vorfluter

Als Vorfluter für Wasserhaltungen dient die Fichtelnaab, ein Gewässer II. Ordnung.

2.6.2 Ableitung des Oberflächenwassers von den Bau- und Verkehrsflächen

Während der gesamten Bauzeit sind insbesondere bei der Herstellung von Leitungsgräben sowie generell im Abtragsbereich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die ein geordnetes Abfließen des Oberflächen-, Sicker- sowie Schichten- und Grundwasser gewährleisten.

- Das Sichern der Arbeiten gegen Tagwasser ist Sache des AN, ohne gesonderten Vergütungsanspruch.
- Der Auftragnehmer trägt das Risiko bei eventuellen Schäden auch auf Grund lang anhaltender Regenfälle, Schneeschmelzen, Hochwasser etc. Dies betrifft auch Schäden, die dadurch Dritten entstehen.
- Die anstehenden Böden sind sehr feuchtigkeitsempfindlich. Bei Vernässung ist ein tiefgründiges aufweichen zu erwarten. Das Aufweichen des anstehenden Bodens ist zwingend zu verhindern. Hierdurch erforderliche Mehraufwendungen beim Bodenabtrag ist in die angebotenen Einheitspreise einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet. Eventuell zusätzlich erforderlicher Bodenaustausch, der auf unsachgemäße Erdplaniearbeiten zurückzuführen ist, geht stets und vollständig zu Lasten des AN.
- Direkte Einleitungen in die Fichtelnaab sind durch das Landratsamt Tirschenreuth zu genehmigen. Indirekte Einleitungen in das Kanalnetz sind durch die Gemeinde Neusorg zu genehmigen. Aufwendungen hierfür werden nicht gesondert vergütet und sind in die Baustelleneinrichtungen einzukalkulieren.

In Anspruch genommene Flächen

Um Verunreinigungen vorübergehend in Anspruch genommener Flächen zu vermeiden, sind erforderlichenfalls während der Bauzeit behelfsmäßige Absetzbecken bzw. Sandfänge anzulegen um abgeschwemmtes Material zurückzuhalten.

Die dazu erforderlichen Aufwendungen hat der AN in den entsprechenden Leistungspositionen einzukalkulieren. Die eventuell erforderlichen Sicherungsmaßnahmen sind in jedem Fall vorab mit dem Auftraggeber festzulegen.

Unfälle im Zusammenhang mit wasserverunreinigenden Stoffen

Unfälle, die schädliche Auswirkungen auf das Grundwasser haben können (Auslaufen von Öl, Betriebsmittel etc.) sind sofort dem Auftraggeber, dem Landratsamt Tirschenreuth sowie dem zuständigen Wasserwirtschaftsamt Weiden zu melden.

2.6.3 Unterbrochene Dränagen und Gräben

Unterbrochene Dränagen und Gräben sind im Einvernehmen mit dem betroffenen Eigentümer sowie dem Auftraggeber wieder fachgerecht anzuschließen bzw. zu ergänzen.

2.6.4 Wasserstände

- entfällt -

2.6.5 Höchster Bauwasserstand

- entfällt -

2.6.6 Gewässerumleitung

- entfällt -

2.7 Baugrundverhältnisse

2.7.1 Bodenaufschlüsse, Baugrundgutachten

Im Zuge der Entwurfsbearbeitung wurden im geplanten Trassenverlauf eine Baugrunduntersuchung sowie eine Beprobung zur Analyse von Schadstoffen durchgeführt.

Detaillierte Angaben hierzu siehe beiliegende Baugrundgutachten (pdf-Datei).

2.7.2 Schadstoffbelastungen

Detaillierte Angaben hierzu siehe beiliegende Baugrundgutachten (pdf-Datei).

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Materialentnahmestellen

Der bauausführenden Firma können seitens des Auftraggebers keine Seitenentnahmestellen zur Verfügung gestellt werden.
Der AN hat bei Bedarf dem AG erforderliche Genehmigungen der zuständigen Behörden für einen entsprechenden Materialabbau beizubringen.
Der Abbau und die Entnahme von Material und Erdstoffen hat dabei den geltenden Vorschriften und Gestattungen zu entsprechen.
Vom AN betriebene Materialentnahmestellen sind nach Abschluss der Arbeiten vom AN nach den Anweisungen des AG wieder herzurichten. Kommt der AN dieser Verpflichtung nicht nach, so werden die Materialentnahmestellen vom AG auf Kosten des AN ordnungsgemäß wieder hergestellt.

Ablagerungsstellen für **schadstofffreies** (überschüssiges bzw. unbrauchbares) Aushubmaterial

Der bauausführenden Firma können durch den AG Zwischenlagerstätten für nicht einbaufähiges bzw. überschüssiges Bodenmaterial zur Verfügung gestellt werden.
Randbereiche der gekennzeichneten Flächen, die an Biotope, Gewässer sowie landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen angrenzen, können nicht in Anspruch genommen werden.

2.9 Schutzbereiche. Schutzobjekte und Beweissicherung

2.9.1 **Natur- und Landschaftsschutz**

Die Baustrecke liegt im Bereich des Naturparks Steinwald.
Auszug aus der Biotopkartierung:



Der Auftragnehmer ist verpflichtet, erforderliche und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um im Zuge der Baumaßnahme eventuelle auftretende stärkere Verunreinigungen so gering wie möglich zu halten sowie größere Staubentwicklung innerhalb des gesamten Einwirkungsbereiches der Baumaßnahme bzw. an den Zubringerstraßen gelegenen Anwesen zu vermeiden. Eingriffe in den Naturbestand sind auf ein Minimum zu beschränken. Arbeiten

außerhalb des direkten Baufeldes (z.B. Leitungs- und Wegebau) sind so umweltschonend wie möglich auszuführen.

2.9.2 Bäume, Flurgehölze und Kleinstrukturen

Im unmittelbaren Baufeld vorhandene Bäume sind zu schützen und zu erhalten.

Aufgrabungen im Wurzelbereich der zu erhaltenden Bäume sind nur mit geeignetem Gerät bzw. in Handarbeit zugelassen.

2.9.3 Immissionsschutz - Bereiche und Objekte

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, erforderliche und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um im Zuge der Baumaßnahme eventuelle auftretende stärkere Verunreinigungen so gering wie möglich zu halten sowie größere Staubentwicklung innerhalb des gesamten Einwirkungsbereiches der Baumaßnahme bzw. an den Zubringerstraßen gelegenen Anwesen zu vermeiden.

Die Bauarbeiten sind auf die Zeit von Montag bis Samstag beschränkt und dabei nur unter Ausnutzung der Tageshelligkeit (Tageslichtbaustelle) auszuführen. Sollte aus bisher nicht vorhersehbaren Gründen ein Schichtbetrieb notwendig werden, so ist eine Ausnahmegenehmigung nach ArbZG § 15 vom Auftragnehmer einzuholen und das dringende öffentliche Interesse an der Einhaltung der Termine durch den Auftraggeber zu bestätigen.

Bei den auszuführenden Bauarbeiten ist Folgendes zu beachten:

Arbeiten in Wohngebieten sind auf die Tageszeit zwischen 7.00 Uhr und 20.00 Uhr zu beschränken (Merkblatt zum Schutz gegen Baulärm).

Wegen der in Teilstrecken direkten Nähe von Wohnbebauung sind geräuscharme Maschinen und Verfahren anzuwenden. Die "Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm" vom 19.08.1970, MAB I/1991, S. 2 ist zu beachten.

Baumaschinen müssen der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV) entsprechen.

Falls es der Bauablauf erfordert, ist auf Anweisung des AG auch an Samstagen zu arbeiten.

2.9.4 Gewässerschutz, Wasserschutzgebiete

Bei der Baudurchführung sind die geltenden Vorschriften des WHG und des BayWG zum Schutz oberirdischer Gewässer und des Grundwassers sowie die hierzu ergangenen Vorschriften zuverlässig einzuhalten.

Der Baubetrieb ist so durchzuführen, dass Abschwemmungen von Boden und Verunreinigungen der Gewässer und des Grundwassers sowie der bestehenden straßenwasserableitenden Einrichtungen verhindert werden. Durch unsachgemäßes Handeln verursachte Schäden gehen zu Lasten des AN.

Der AN hat außerdem dafür zu sorgen, dass sich die anfallenden Bauarbeiten nicht nachteilig auf die Beschaffenheit des v.g. Gewässers und deren Abflussverhältnisse sowie anderer Wasserableitungseinrichtungen auswirken. Durch unsachgemäßes Handeln verursachte Schäden gehen zu Lasten des AN.

Erdmaterial ist so zu lagern, dass bei Regen kein Erdreich abgeschwemmt wird.

Durch Sand, Lehm, oder sonstige Beimengungen verunreinigtes Wasser ist vor der Einleitung in Absetzanlagen, die ausreichend zu bemessen sind, zu klären.

Das Tageswasserrisiko ist in vollem Umfang Sache des AN. Für eine schadlose Ableitung ist zu sorgen.

Die Oberflächenentwässerung hat so zu erfolgen, dass die anliegenden Grundstücke nicht beeinträchtigt werden. Schäden, die durch unregelmäßigen Wasserabfluss verursacht werden, sind vom AN auf dessen Kosten zu beseitigen.

2.9.5 Vermutete Bodenfunde

Im gesamten zum Ausbau vorgesehenen Gebiet ist mit dem Auffinden von Bodendenkmälern zu rechnen.

Bei Bodenabtrag, Leitungsgrabenaushub und Baugrubenaushub wird ein Beauftragter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege die Arbeiten kontinuierlich überwachen. Bei Verdacht auf Vorhandensein eines Bodendenkmals sind die Erdarbeiten nach dessen Anweisung sofort zu beenden. Entsprechende Positionen sind im Leistungsverzeichnis enthalten.

Alle mit der Durchführung des Bauvorhabens betrauten Personen sind darauf hinzuweisen, dass bei den Arbeiten eventuell anzutreffende Bodenfunde vorhanden sein können. Dem Mitarbeiter des Landesamtes bzw. dessen Beauftragter ist im Bauablauf die Möglichkeit einzuräumen, die Fundstelle zu erkunden und etwaige bedeutende Fundstücke zu bergen.

Zur Reduzierung der Behinderungen hierdurch sind die Bauarbeiten an anderer Stelle fortzuführen.

Um mögliche Bodendenkmäler nicht zu beschädigen sind alle Abtragsarbeiten und die Herstellung von Baugruben und Rohrgräben grundsätzlich mit Baggerlöffeln ohne Zähne durchzuführen.

Mehraufwendungen bzw. Erschwernisse infolge der Arbeiten mit Baggerlöffel ohne Zähne werden nicht gesondert vergütet und sind in die angebotenen Einheitspreise einzukalkulieren.

2.9.6 Weitere zu schützende Objekte, Nachbarbebauung und Privatgrundstücke, Grenzmarkierungen

- Die bestehenden Gebäude, Einfriedungen und sonstige bauliche Anlagen im Zuge der Baustrecke sowie im unmittelbaren Bereich des Baufeldes und an dessen Randbereichen sind vor Beschädigungen jeglicher Art zu schützen.

Der Auftragnehmer ist dabei in jedem Fall gehalten, eigenverantwortlich nur entsprechendes geeignetes Gerät i.V.m. einer geeigneten Bauweise in Einsatz zu bringen.

- Baugeräte sind so zu wählen und einzusetzen, dass Schäden an öffentlichen und privaten Einrichtungen, Grundstücken und Bäumen vermieden werden. Die Haftung bei eventuellen Schäden obliegt dem AN. Mehrkosten für eventuelle Behinderungen sind in dem Einheitspreis zu berücksichtigen.
- Der AN hat durch entsprechende Vorkehrungen eine Verunreinigung im gesamten Ausbaubereich, insbesondere der Gewässer und Böden, aus-

zuschließen.

- Grenzsteine oder Grenzmarkierungen, die innerhalb des Baufeldes liegen, müssen vor Beschädigung geschützt werden. Sie dürfen nur dann durch berechnigte Personen beseitigt werden, sofern sie direkt im Baufeld liegen. Die Kosten für den Ausbau und die Wiedervermessung trägt nur in diesem Fall der Auftraggeber.
Vor Beginn der Bauarbeiten sind alle Grenzmarkierungen durch den AN zu suchen und zu sichern; darüber ist ein Protokoll anzufertigen.
Grenzmarkierungen außerhalb des direkten Baugeländes sind zu schützen. Werden Grenzmarkierungen und andere Festpunkte, die außerhalb der vom AG vergüteten Baubreite liegen, oder zu schützen waren, beschädigt, so geht die Wiederinstandsetzung mit allen erforderlichen Aufwendungen und Gebühren zu Lasten des AN und darf nur im Beisein eines Vertreters des Vermessungsamtes oder eines Feldgeschworenen durchgeführt werden.
- Entschädigungsansprüche Dritter, die auf unsachgemäße Bauausführung zurückzuführen sind, sind vom AN abschließend zu regulieren und die entstandenen Kosten zu tragen.

Beweissicherung

- auf Abs. 1.2.1 - Ausgeführte Vorarbeiten / Beweissicherung
i.V.m. 2.3 - Zugänge, Zufahrten wird verwiesen -

2.10 Anlagen im Baubereich

2.10.1 Gleisanlage

- entfällt -

2.10.2 Allgemeine Vorgaben zu den Ver- und Entsorgungsleitungen

- Vor Angebotsabgabe, aber in jedem Fall vor Baubeginn, hat der Auftragnehmer Erkundigungen über die im Bereich der Baustrecke vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen einzuholen.
Maßnahmen zur Feststellung und zur Sicherung von Leitungen hat der AN zu treffen.
Dabei gehen vom AN verursachte Beschädigungen sowie deren Folgen und Beseitigung zu Lasten des Auftragnehmers.
- Die Funktionsfähigkeit der im Baufeld vorhandenen Leitungen ist während der laufenden Bauarbeiten stets zu gewährleisten, soweit nicht ausdrücklich anderes vereinbart ist.
- Sollten künftig nicht mehr genutzte Versorgungsleitungen oder Einrichtungen ausgebaut werden müssen, erfolgt die Beauftragung durch den jeweiligen Versorgungsträger direkt. Der AN verpflichtet sich, diesbezüglich frühzeitig mit dem Unternehmen Kontakt aufzunehmen, um keine Behinderungen im Bauablauf entstehen zu lassen.
- Im Baustellenbereich liegende Tiefen-, Fahrbahn-, Frostschutzentwässerungseinrichtungen und Dränleitungen sind, soweit sie angeschnitten und nicht ausgebaut werden, funktionsfähig wieder anzuschließen. Über die gesamte Bauzeit hinweg ist die Funktionsfähigkeit aller im Baugelände liegender Dränungen, Straßenentwässerungen und Grundstücks-

entwässerungen aufrecht zu erhalten.

Die Wiederherstellung bzw. Sanierung beschädigter oder unterbrochener Dränanlagen und sonstiger Entwässerungssysteme hat in Abstimmung mit dem Eigentümer zu erfolgen.

2.10.3 Leitungen

Vorhandene Leitungen öffentlicher Ver- und Entsorgungsträger (Fernmeldekabel, Energieversorger etc.) werden soweit erforderlich gesichert, umgelegt oder den neuen Verhältnissen angepasst.

Dabei ist folgendes zu beachten:

- Der AN hat den Baubeginn bei allen betroffenen Ver- und Entsorgungsträgern (Leitungseigentümern) anzukündigen und sich eine Einweisung vor Ort über die jeweiligen Kabellagen einzuholen.
- Der AN hat beim Antreffen einer Leitung umgehend den Eigentümer zu verständigen um sich den notwendigen Auftrag zur Änderung oder Sicherung der Leitung einzuholen.
Aufträge dazu sowie für eventuelle Neuverlegungen erteilt der Leitungseigentümer bzw. der VU.
- Ist das Sichern, Umlegen, Neuverlegen etc. von Leitungen in größerem Umfang erforderlich, wird die Vergütung der hierfür notwendigen Leitungen direkt zwischen AN und Leitungsbetreiber vereinbart. Der Umfang wird, in Absprache mit dem AG, vom Leitungsbetreiber festgelegt.
- Die zusätzlich erforderlich werdenden Arbeiten haben keinen Einfluss auf die im Vertrag vereinbarte Bauzeit. Der AN hat das entsprechende Gerät sowie die Fachkräfte zusätzlich bereitzustellen.

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Der öffentliche Verkehr auf den angrenzenden Straßen und Wegen ist stets uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Verkehrsbehinderungen sind bei Baudurchführung grundsätzlich zu vermeiden.

Der Anliegerverkehr zu den anliegenden Grundstücken und Anwesen ist zu gewährleisten.

Der AN hat sicherzustellen, dass die Zufahrt zu den einzelnen Gebäuden und Grundstücken für die Eigentümer, Mieter sowie Kunden der vorhandenen Gewerbebetriebe während der gesamten Bauzeit ohne Gefahr ermöglicht wird.

Etwaige - unvermeidbare - Sperrungen der betreffenden Zufahrten sind den Eigentümern vom AN rechtzeitig anzukündigen.

Dieser Aufwand wird nicht gesondert vergütet und ist einzukalkulieren.

3. Angaben zur Ausführung

3.1 Verkehrsführung. Verkehrssicherung

Vorbemerkung

Die Verkehrssicherungspflicht inkl. das Erstellen, Unterhalten, Warten, Betreiben der Beschilderung sowie das Fortschreiben aller Beschilderungs-

pläne liegt während der gesamten Bauzeit und über das gesamte Baufeld einschl. auf den Umleitungsstrecken allein in der Verantwortung des AN. Das Einholen der dafür notwendigen verkehrsrechtlichen Anordnungen ist ebenfalls Sache des AN.

Die gesetzlichen Vorschriften insbesondere der StVO, StVZO, ZVB/E-StB und die Unfallverhütungsvorschriften sowie die Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen (RSA) sind dabei stets einzuhalten.

3.1.1 Aufrechterhaltung des Verkehrs

Die Arbeiten sind grundsätzlich unter Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs sowie des Anliegerverkehrs in den angrenzenden Straßen und Wegen am Bauanfang und Bauende durchzuführen (Abs. 2.2 i.V.m. Abs. 2.11 der BB).

Die bestehenden Zugänge und Zufahrten zu den an die Baustrecke angrenzenden Gebäuden und Grundstücken (sowohl die direkt als auch die indirekt erschlossenen Grundstücke) sind jedoch zu gewährleisten.

Der AN hat sicherzustellen, dass diese Zufahrten für die berechtigten Wegbenutzer während der gesamten Bauzeit ohne Gefahr ermöglicht wird.

Die daraus entstehenden Aufwendungen werden, ebenso wie eventuell kurzfristig notwendige Baurampen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs nicht gesondert vergütet und sind einzurechnen, sofern im LV nichts anderes angegeben ist.

Leistungen zur Verkehrsführung und Verkehrssicherung

Die Absperrung des Baubereiches und die Beschilderung der Umleitungsstrecke (gem. Verkehrsrechtlicher Anordnung) ist gemäß den Umleitungsplänen vorzusehen und wird nach den entsprechenden OZ vergütet.

Abgegolten sind:

- Ausführungspläne, Materialstellung einschl. Ersatzbeschaffung für unbrauchbar gewordene Einrichtungen, das Einrichten bzw. Aufbauen, Vorhalten, Unterhalten, Betreiben und Reinigen, ggf. Umbauen und Umsetzen.
- Erforderliche Absperrungen, Sicherungen, Schutzeinrichtungen, Markierungen, Beschilderungen und Beleuchtungen.
- Die Verkehrszeichen der Markierungs- und Beschilderungspläne sind an den Bestand und die örtlichen Verhältnisse (Sichtverhältnisse, Zufahrten, Einmündungen, vorh. Fahrbahnbreiten und sonstige technische Anlagen) anzupassen.
Die ortsfeste bestehende Beschilderung ist ggf. außer Kraft zu setzen. Das Auskreuzen von Verkehrszeichen muss kontaktlos erfolgen.

Verkehrssicherung während der Baumaßnahme

- Die Verkehrssicherheit im Bereich des gesamten Baufeldes und der angrenzenden Straßen ist stets und in jedem Fall zu gewährleisten.
Für die Baustellenbeschilderung ist die StVO, die RSA und ZTV-SA und die vom Auftragnehmer nach Auftragserteilung einzuholende verkehrsrechtliche Anordnung mit den entsprechenden Regelplänen maßgebend.

Dabei sind im Verlauf der Bauarbeiten verschiedene Baustellenbeschilderungen nach Regelplan gem. den "Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA - Ausgabe 2021)" vorzusehen.

- Die erforderlichen Verkehrszeichen und Fahrbahnbegrenzungen durch Absperrbaken mit Signalleuchte oder Leitkegel, das erforderliche Wechseln der verschiedenen Regelfallbeschilderungen, das notwendige Umsetzen der gesamten Beschilderung entsprechend dem Bauablauf sind vom Auftragnehmer zu stellen bzw. vorzunehmen und in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Zusätzlich sind Hinweisschilder vor Fahrbahnunebenheiten und Fahrbahnverschmutzung vorzuhalten und bei Bedarf anzubringen.

Die Verantwortung für die sachgerechte Beschilderung trägt der Auftragnehmer in vollem Umfang. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber rechtzeitig auf alle eventuellen Gefahrenpunkte für den Straßenverkehr hinzuweisen, die sich durch den Baustellenverkehr ergeben und Sicherungsmaßnahmen des Auftraggebers veranlassen können.

Die Verpflichtung des AN aus Nr. 18 der TVB-StB 88 und der Ergänzungen hierzu bleibt unberührt. Diese Regelung gilt insoweit, als verkehrsrechtliche Maßnahmen außerhalb der Baustelle angeordnet werden, die der Sicherung und Regelung des Verkehrs innerhalb der Baustelle dienen (Verkehrstrichter, Nebenstraßenbeschilderung, Umleitungsbeschilderung o.ä.).

Die Baustellenbeschilderung darf erst nach Zustimmung des Auftraggebers entfernt werden.

- Die Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtung müssen den Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) in Verbindung mit den Normen und Gütebedingungen für Verkehrszeichen entsprechen.

Mit dem Datum der Auftragserteilung übernimmt der Auftragnehmer die volle Verantwortung für die Verkehrssicherheit, die Absperrung und die sich daraus ergebenden Haftungsansprüche seitens Dritter. Anfallende Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

- Sämtliche verkehrsgefährdende Verschmutzungen durch Baustellenverkehr etc. sind laufend zu beseitigen.

Sämtliche Schadensansprüche, die von einer unzureichenden Verkehrssicherung herrühren, hat der AN zu verantworten und zu tragen. Zufahrten, Zugänge zu Anliegergrundstücken sind stets zu gewährleisten.

Evtl. notwendige Anrampungen, die im Baubetrieb des AN begründet sind, sind in die Einheitspreise einzurechnen. Hierunter fallen nicht die Baurampen, die der AG ausdrücklich angeordnet hat.

- Transportfahrzeuge dürfen nur das zulässige Gesamtgewicht entsprechend § 29 StVO aufweisen. Entsprechende Kontrollen behält sich der AG vor. Bei Feststellung einer Überschreitung des zul. Gesamtgewichtes bei Transportfahrzeugen ist mit einer Anzeige bei der zuständigen Behörde zu rechnen.

Verkehrssicherung nach Fertigstellung

Zur Durchführung von restlichen Vertragsleistungen, die aus Gründen, die der AN zu vertreten hat, nicht in der vertraglich vereinbarten Zeit erbracht worden sind und zur Beseitigung von Baumängeln trägt der AN die hierbei anfallenden Kosten.

3.1.2 Verkehrsbeschränkung

Die möglichen Zufahrten zur Baustelle über angrenzende Ortsstraßen sind in Teilen sowohl auf Grund ihrer geringen Ausbaubreite sowie ihrer unzureichenden Fahrbahnaufbauten nur eingeschränkt nutzbar (Abs. 2.2 –

Vorhandene öffentliche Verkehrswege und Abs. 2.3 - Zugänge, Zufahrten). Die gewählten Baumaschinen sind den vorhandenen Verhältnissen anzupassen. Die Brücke über die Fichtelnaab besitzt die Brückenklasse 30. Aus westlicher Richtung von Wernersreuth kommend beträgt die maximale Höhe wegen der Bahnunterführung 3,6 m. Mehraufwendungen hierdurch werden nicht gesondert vergütet und sind in die angebotenen Einheitspreise einzukalkulieren.

3.2 Bauablauf

3.2.1 Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten

Im Einzelnen gelten folgende Terminierungen:

Baubeginn: 13.07.2026

Bauende: 16.07.2027

Reihenfolge der Abschnitte:

Abschnitt 1 Bau-km 0+123 bis 0+260 ist bis zum 11.12.2026 fertig zu stellen.

Der Einbau der Asphaltdecke darf spätestens am 31.10.2026 erfolgen.

Abschnitt 2 Bau-km 0+260 bis 0+375.

Abschnitt 3 Bau-km 0+000 bis 0+087.

Fertigstellung der Gesamtmaßnahme bis 16.07.2027.

Weitere Vorgaben bzgl. Reihenfolge und Abwicklung der Baumaßnahme werden durch den AG nicht erteilt. Für die Festlegung der weiteren Reihenfolge und Abwicklung der Baumaßnahme hat der AN zwingend die Zustimmung der AG einzuholen. Die Ausführung der Leistungen ist so zu disponieren, dass sie entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen zum v. g. Gesamtfertigstellungstermin abgeschlossen werden können. Vor Beginn der Ausführung ist vom AN in enger Abstimmung mit dem AG ein Bauzeitenplan zu erstellen und verbindlich festzulegen.

3.2.2 Zusammenwirken mit anderen Unternehmen

Die Erschwernisse infolge gleichzeitig laufender Arbeiten (z.B. Verlegung Breitband) sowie der Unterhaltungs- und Wiederherstellungsaufwand für vom AN genutzte Flächen und Wege werden nicht gesondert vergütet. Die dafür anfallenden Kosten sind bei der Angebotskalkulation zu berücksichtigen. Eventuell wegen mangelnder Absprachen der Auftragnehmer untereinander oder wegen ungenügender Bauvorbereitung anfallende Mehraufwendungen werden ebenfalls nicht gesondert vergütet.

3.3 Wasserhaltung

- siehe Abs. 2.6 - Gewässer / Oberflächenwasser -

Oberflächenwasser

Eine Wasserhaltung für anfallendes Oberflächen- und/oder Niederschlagswassers liegt in der Verantwortung des AN und wird nicht gesondert vergütet.

Hierfür anfallende Kosten hat der AN in den Leistungspositionen "Baustelleneinrichtung herstellen" einzukalkulieren.
Frischbeton, der beim Einbau mit GW in Berührung kommt darf keine chemischen Zusatzmittel erhalten.

Baubetrieb

Der Baubetrieb ist so durchzuführen, dass Abschwemmungen von Boden und Verunreinigungen der Gewässer und des Grundwassers sowie der bestehenden straßenwasserableitenden Einrichtungen verhindert werden. Durch unsachgemäßes Handeln verursachte Schäden gehen zu Lasten des AN.

Bei der Baudurchführung sind die geltenden Vorschriften der WHG und des BayWG zum Schutz des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer sowie der hierzu ergangenen Vorschriften zuverlässig einzuhalten.
Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass sich die durchzuführenden Bauarbeiten nicht nachteilig auf die Beschaffenheit der Vorfluter und deren Abflussverhältnisse sowie anderer Wasserableitungseinrichtungen auswirken.

3.4 Baubeihelfe

Erforderliche Zwischenpunkte, Sicherungspunkte und Höhenfestpunkte neben der Fahrbahn gem. TPD-StB 89 sind vom AN ohne besondere Vergütung herzustellen, zu unterhalten und nach Wahl des AG nach Baufertigstellung zu entfernen.

Der AN ist für die Sicherung und Erhaltung der Messpunkte verantwortlich.

Sämtliche zur vertraglichen Bauausführung erforderlichen Absteck- und Vermessungsarbeiten sind vom AN durchzuführen und werden durch den AG örtlich überprüft.

Hergestellte Baugruben sind nach den Vorschriften der Tiefbauberufsgenossenschaft abzusichern.

Der AN hat entsprechend den Bodenverhältnissen und den statisch-konstruktiven Erfordernissen Geräte und Profile zu wählen.

Alle tragenden Hilfskonstruktionen unterliegen den Bedingungen der ZTV-ING bzw. LB StB-Bayern.

3.5 Stoffe, Bauteile

Allgemein

Sämtliche verwendete Stoffe und Bauteile (einschl. evtl. Bindemittel etc.) müssen den derzeit gültigen Güterichtlinien entsprechen bzw. bauaufsichtlich zugelassen sein; diesbezügliche Zulassungsbescheide sind dem AG auf Verlangen vorzulegen.

Produkte aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die den derzeit gültigen technischen Vertragsbedingungen nicht entsprechen, werden einschließlich der im Herstellerstaat durchgeführten Prüfungen und Überwachungen als gleichwertig behandelt, wenn mit ihnen das geforderte Schutzniveau - Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchsmöglichkeit - gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.

Auf Verlangen hat der Bieter bzw. Auftragnehmer die Unterlagen über die Prüfung und Überwachung der Produkte dem Auftraggeber in deutscher Sprache unverzüglich vorzulegen.

Falls nicht gesondert angegeben, gehört das Herstellen eines notwendigen Planums immer zum Leistungsumfang der entsprechenden Erdbauposition. Wenn keine anderen Angaben im LV stehen, ist die Lieferung aller Materialien eingeschlossen. Der AN ist verpflichtet, vor der Bestellung bzw. Beifuhr von Baustoffen die im LV aufgeführten Massen zu überprüfen. Für Restmengen und Fehlbestellungen wird kein Kostenersatz geleistet.

Die Verwendung von schadstoffbelasteten Baustoffen und Böden wird ausgeschlossen.

Die Verwendung von Recycling-Material oder -Baustoffen ist nur insoweit gestattet, als dass sie in einer güteüberwachten Aufbereitungsanlage hergestellt wurden.

Bodenaushub mit mineralischen Fremdbestandteilen und Gemische aus Boden und Mineralstoffen, auch aufbereitet, gelten im Rahmen dieses Bauvertrages nicht als Recycling- Baustoff, sondern werden als Abfallprodukt behandelt und nach dem Leitfaden für die Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebaue (LVGBT) sowie der Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) beurteilt.

Bei Überschreitung von zulässigen Grenzwerten ist das Material/Baustoff wieder auszubauen und vom AN auf eigene Kosten zurückzunehmen. Der AG behält sich zusätzliche Kontrollprüfungen vor, die in Einvernehmen mit dem zuständigen Landratsamt auch schädliche Bestandteile betreffen, die über die Anforderungen nach LVGBT und der ErsatzbaustoffV hinausgehen.

Landschaftsbau

Die Bepflanzung der Grünflächen ist nicht Bestandteil der gegenständlichen Vergabeunterlagen.

3.6 Abfälle

Die ordnungsgemäße Beseitigung von Abfällen ist Sache des Auftragnehmers. Die Aufwendungen hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Die einschlägigen DIN - Vorschriften sind zu beachten, auf das Formblatt Abfall - 241 wird hingewiesen.

Potenziell asbesthaltige Gesteine Diabas und Basalt

Straßenbefestigungen - Schadstoffbelastungen im Bereich der auszubauenden Asphalttschichten

Die Gesteinsart Diabas und Basalt sind gemäß Anlage 1 der TRGS 517 (Ausgabe Januar 2007, Technische Regeln für Gefahrstoffe - "Tätigkeiten mit potentiell asbesthaltigen mineralischen Rohstoffen und daraus hergestellten Erzeugnissen") als potentiell asbesthaltig eingestuft.

Das Vorhandensein dieser Gesteinsarten kann im vorhandenen Straßenoberbau nicht ausgeschlossen werden. Beim Fräsen der Straßenbefestigung muss daher, im unmittelbaren Nahbereich der Fräse mit partikelförmigen Gefahrenstoffen (z.B. Asbestfaser) gerechnet werden.

Gemäß Abschnitt "4. Allgemeine Schutzmaßnahmen" der RTGS 517 sind die erforderlichen Maßnahmen zur Minimierung der Gefährdung nach § 9 der

Gefahrstoffverordnung durchzuführen. Es ist Atemschutz nach Punkt 4.13 (2) zu tragen. Bezeichnete Schutzmaßnahmen sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Anfallendes nicht schadstoffbelastetes bituminöses Fräsgut und Ausbauasphalt gehen in das Eigentum des AN über und sind bei der Herstellung von Heißmischgut wieder zu verwenden.

In den auszubauenden Asphaltsschichten der Kreisstraße TIR 21 ist gem. Bodengutachten nicht davon auszugehen, dass teer- oder pechhaltiger Straßenaufbruch angetroffen wird.

Wird jedoch trotzdem in Teilbereichen teer- oder pechhaltiger Straßenaufbruch angetroffen ist dieser ist umgehend auf einer geeigneten Deponie des Lkr. Tirschenreuth zu entsorgen. Ein Wiedereinbau oder eine Zwischenlagerung ist für diesen Fall nicht zulässig (Deponie für schadstoffbelastetes Material).

3.7 Winterbau

- entfällt -

3.8 Beweissicherung

- siehe Punkt 1.2.1

- Der AN hat das ordnungsgemäße Herrichten aller ihm vom AG vorübergehend zur Verfügung gestellten Flächen mit Freistellungsbescheinigungen nachzuweisen.

Bei Arbeiten an Privatgrundstücken hat der AN weiterhin von allen Grundstückseigentümern eine unterschriftlich bestätigte Erklärung über den ordnungsgemäßen Zustand spätestens mit Einreichung der Schlussrechnung vorzulegen.

3.9 Sicherungsmaßnahmen

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die geltenden Unfallverhütungsvorschriften und die anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln zu beachten.

Grundsätzlich sind bei Erd- und Gründungsarbeiten die einschlägigen Sicherheitsvorschriften insbesondere auch diejenigen der Tiefbaugenossenschaft und die Ausführungen der DIN 4014, 4124 und 4084 sowie die „Empfehlung des Arbeitsausschusses Baugruben“ zu beachten.

Bei Arbeiten in der Nähe von unterirdischen Fernmeldeanlagen sind die „Anweisungen zum Schutz unterirdischer Fernmeldeanlagen der Deutschen Telekom AG (Kabelschutzanweisung)“ zu beachten.

3.10 Belastungsannahmen (Brückenbau)

- entfällt -

3.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

Vermessung

Lage- und Höhenfestpunkte im Baufeld sind vorhanden. Bestandsvermessung und Planung liegen im GK Koordinatensystem (GK4, DHHN12) vor. Lage und Höhen der Festpunkte ist vom AN vor Beginn der Einmessungen zu überprüfen. Alle für die Ausführung der Bauarbeiten erforderlichen Vermessungs- und Absteckungsleistungen erfolgen durch den Auftragnehmer.

Aufmaßverfahren

Die Aufmaße sind durch den AG und AN gemeinsam durchzuführen und zu protokollieren. Sie sind so darzustellen, dass sie den Zusammenhang zur Baumaßnahme durch Orts- und Stationsangaben eindeutig und sofort erkennen lassen. Zur Aufstellung der Schlussabrechnung müssen die gesamten Aufmaße in einem Aufmaß- und Abrechnungsplan eingetragen werden.

Zu jeder erbrachten Position ist ein Original-Aufmaßblatt der Firma mit der Zusammenfassung (Endergebnisse) der EDV-Berechnungen (als Anhang zum Aufmaßblatt zu liefern) mit gegenseitiger Bestätigung AG/AN (Unterschrift und Datum) anzufertigen.

Unterlässt es der AN, rechtzeitig das gemeinsame Aufmaß von Leistungen zu beantragen, die später nicht mehr oder nur schwer feststellbar sind, oder beteiligt er sich nicht oder nur unzureichend an dem Aufmaß, so gelten die eventuell auch unvollständigen Aufmaße des AG.

Aufmaße und Rechnungen sind in Papierform in 1-facher Ausfertigung an den AG zu liefern und beizufügende Unterlagen (Mengenberechnungen, Zeichnungen, Lieferscheine, Wiegescheine, techn. Merkblätter, Ausführungsanweisungen, Prüfzeugnisse, bauaufsichtliche Zulassungen, Dokumentationen, Protokolle der Eigenüberwachung etc.) sind ebenfalls in 1-facher Ausfertigung einzureichen. V. g. Unterlagen sind zusätzlich in folgenden Formaten zu übergeben: *.txt, *.pdf, *.xlsx.

Eine Abrechnung mit elektronischer Datenverarbeitungsanlage gem. den Bestimmungen für die Bauabrechnung im Straßen- und Brückenbau wird zugelassen.

3.12 Prüfungen

Die Ergebnisse der Eignungsprüfungen sind dem AG rechtzeitig, d.h. mindestens 14 Tage vor dem Einbau, die der Eigenüberwachungsprüfungen unverzüglich nach Vorlage der Ergebnisse zur Verfügung zu stellen.

Der AG behält sich darüber hinaus eigene Kontrollprüfungen vor.

Bei Transportbeton ist beim Eintreffen eines jeden Fahrzeuges an der Baustelle und vor Beginn des Betonierens das Ausbreitmaß nach DIN-Fachbericht 100 bzw. EN 12350-5 zu bestimmen. Eine Beurteilung der Konsistenz nur nach Augenschein ist nicht ausreichend.

3.13 Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes

Die Verordnung über Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung-BaustellV) ist zu beachten.

Bei der Angebotsbearbeitung sind die für die Ausführung der Arbeiten im Hinblick auf die Beachtung der Arbeitsschutzvorschriften erforderlichen

Einrichtungen und Maßnahmen zu berücksichtigen.

Dies gilt insbesondere für gemeinsam genutzte Arbeitsbereiche, Verkehrswege, Arbeitsmittel und Einrichtungen, z.B. Gerüste, Krane, Treppentürme, Seitenschutz, Schutzdächer, Auffangnetze, Baustellenunterkünfte, Toiletten- und Waschanlagen, Sanitätsräume usw.

Diese Grundsätze sind auch bei der Erstellung von Nebenangeboten und Sondervorschlägen, falls zugelassen, einzuhalten. Damit verbunden ist ggf. eine Erstellung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes, sofern hierdurch die allgemeinen Grundsätze nach § 4 ArbSchG, die Schwellenwerte nach § 2 Abs. 2 der BaustellV sowie besonders gefährliche Arbeiten nach Anhang II der BaustellV berührt werden.

Die Kosten der Leistungen sind einzurechnen.

Sicherheits- und Gesundheitskoordinator während der Ausführung des Bauvorhabens stellt der Auftraggeber

4. Ausführungsunterlagen

4.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

Vom AG werden folgende Ausführungsunterlagen vor Baudurchführung zur Verfügung gestellt:

Lagepläne, Höhenpläne, Regelquerschnitte, Längsschnitte, Absteckdaten.

Für die Rangordnung der Verdingungsunterlagen gilt §1 Nr.2 VOB/B. Zu beachten ist hierbei, dass sämtliche diesen Verdingungsunterlagen beigelegten Bauzeichnungen Bestandteil der Leistungsbeschreibung sind.

Darüberhinausgehende, nach Auffassung des Auftragnehmers erforderliche Ausführungsunterlagen hat dieser auf seine Kosten zu erstellen. Die Aufwendungen hierfür sind in die Position "Baustelleneinrichtung herstellen" einzukalkulieren.

4.2 Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

Der AN hat dem AG folgende Unterlagen zu erstellen bzw. zu beschaffen:

EP-Aufgliederung

Auf Anforderung des AG ist innerhalb von 3 Arbeitstagen die Aufgliederung aller Einheitspreise schriftlich vorzulegen.

Urkalkulation

Die Urkalkulation ist spätestens 7 Kalendertage nach Auftragserteilung beim AG zur gemeinsamen Versiegelung vorzulegen.

Baustelleneinrichtungsplan

Ein Baustelleneinrichtungsplan wird der Bauleitung des AG spätestens zwei Wochen nach Aufforderung vorgelegt.

Bauzeitenplan bzw. Bauphasenplan

Bauzeitenplan bzw. Bauphasenplan in Form eines Zeit-Wege-Diagramms einschließlich erforderlicher Überarbeitung vor/nach der Auftragserteilung für alle zu erbringenden Leistungen. Aus dem Bauzeitenplan muss eindeutig hervorgehen, dass die erforderlichen Bauarbeiten innerhalb der vorgegebenen Zeiträume abgeschlossen sind.

Der vom AG geprüfte Plan ist nach der Genehmigung für die Bauausführung maßgebend und wird Vertragsbestandteil.

Der Bauzeitenplan ist auf Verlangen während der Ausführung fortzuschreiben.

Verkehrsrechtliche Anordnung

Verkehrsrechtliche Anordnungen sind vom AN einzuholen und dem Auftraggeber vor Baubeginn vorzulegen.

Verkehrszeichenpläne (Verkehrsführungspläne) gemäß § 45 Abs. 6 StVO

Erforderliche Verkehrszeichenpläne (Verkehrsführungspläne) sind vom AN rechtzeitig zu fertigen und dem AG zur Prüfung und Freigabe vorzulegen. Die Verkehrszeichenpläne müssen die Angaben der RSA enthalten und sämtliche weitere Angaben, die für eine ordnungsgemäße und eindeutige Verkehrsführung notwendig sind (z.B. Markierung, Fahrbahnbreiten, Schutz- und Leiteinrichtungen).

Bestandspläne, Abrechnungspläne

Die Abrechnungspläne müssen dem AG in einer objektiv nachprüfbaren Form vorgelegt werden.

Es sind Bestandsunterlagen vom AN zu erstellen. Die Bestandsunterlagen sind im Koordinatensystem UTM32 – 6 dazugehörig HS170 auszuführen (Rechtswert sechstellig, Hochwert siebstellig). Aufwendungen hierfür werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Siehe hierzu auch Einbehalt bei Nichtvorlage der Unterlagen „Bestand nach Ausführung“.

Absteckunterlagen

Berechnung der Absteckungszwischen- und -kleinpunkte, soweit sie erforderlich werden und nicht in den vorliegenden Unterlagen enthalten sind.

Ggf. erforderliche Datenerstellung zur Maschinensteuerung ist Sache des AN. Aufwendungen hierfür sind in die Position Baustelleneinrichtung herstellen einzukalkulieren.

Vorzulegende Erklärungen

Erklärung der Gemeinde Neusorg sowie ggf. den betroffenen Grundstückseigentümern über die Erledigung ihrer Ansprüche und Entschädigung.

Leitungspläne

Für die vom AN verlegten Leitungen sind **Bestandspläne in papier- und digitaler Form** anzufertigen und dem AG zu übergeben. Deren Ausarbeitung wird im Rahmen der einzelnen Leistungsgewerke gesondert vergütet.

Einbehalt bei Nichtvorlage der Planunterlagen Bestand nach Ausführung:

Bis zur vollständigen Vorlage der Unterlagen werden 3 % der Auftragssumme

einbehalten.

Bautagebuch

Vom AN ist ein Bautagebuch nach dem Muster **EFB Bautgb** des "Vergabehandbuches Bayern (VHB)" in der jeweils aktuellen Fassung auf der Baustelle zu führen und der örtlichen Bauüberwachung mind. wöchentlich vorzulegen. Die bauausführende Firma hat das Bautagebuch mit dem Tag der Schlussbegehung abzuschließen und der örtlichen Bauüberwachung auszuhändigen. Das Vorhandensein des Bautagebuches wird sowohl von den Bauüberwachungsbehörden als auch von der Bauoberleitung anlässlich von Baueinsichtnahme überprüft.

Der gesamte Bauablauf ist mit Fotos zu dokumentieren.

Hierdurch entstehende Kosten und Aufwendungen werden nicht gesondert vergütet, sondern sind in die Baustelleneinrichtung einzukalkulieren.

5. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

5.1 Geltende "Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen" (ZTV)

(einschl. zugehörnder Einführungsbekanntmachung der Obersten Baubehörde)

Die beiliegende Zusammenstellung der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen mit Änderungen und Ergänzungen wird Bestandteil des Bauvertrages (vgl. Anlage zu den Vertragsunterlagen).

5.2 Änderungen und Ergänzungen der ZTV

Siehe Zusammenstellung "Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen mit Änderungen und Ergänzungen"

5.3 Sonstige Zusätzliche Technische Vereinbarungen der Straßenbaubehörde

siehe Zusammenstellung "Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen mit Änderungen und Ergänzungen"

Besondere Vereinbarungen zu den Technischen Spezifikationen

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

Besondere Vereinbarungen für Erdarbeiten

- Für den Transport nach Anordnung des AG von Auftrags- und Abtragsmaterial, das nicht nach Querschnitten erfasst werden kann, werden für Lkw-Aufmaße folgende Auflockerungsmengen in Abzug gebracht:
- Bodenklassen 3 - 4 (Homogenbereiche E 1, E 2, E 3) (ZTVE) 20 %
Bodenklassen 5, 6 u. 7 (kein Homogenbereich im Gutachten angegeben)

(ZTVE) 30 %

- Erschwernisse für den Abtrag, Transport und Einbau einschließlich eventueller Zwischenlagerung von Kleinmengen sind in die Erdpositionen mit einzukalkulieren.

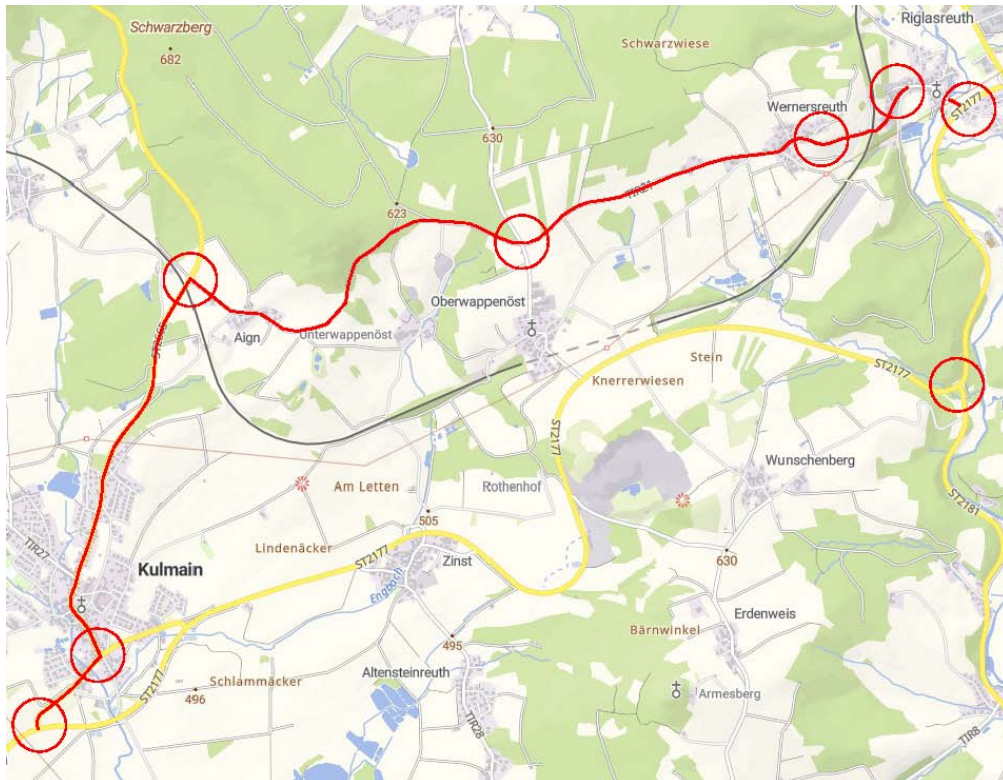
Besondere Vereinbarungen für Oberbodenarbeiten

- Die Pflege der Oberbodenmieten nach Ziff. 4.21 ZTVLa-StB/By ist eine Nebenleistung.
- Die Höhe der Oberbodenmieten darf 2,00 m nicht überschreiten.
- Die zur Oberbodenandeckung vorgesehenen Flächen sind vorher zu profilieren.
Ausrundungen sind mit geeignetem Boden vorzuprofilieren.
Die zur Oberbodenandeckung vorgesehenen Aufstandsflächen sind vorher zu profilieren und nicht mit Oberboden zu verfüllen.
Oberboden ist erst dann anzudecken, wenn die Flächen vorher ordnungsgemäß profiliert und durch den AG abgenommen sind.

Besondere Vereinbarungen für Asphaltarbeiten

- Zeigt die Abnahme der Asphalttragschicht, dass unter Berücksichtigung der zulässigen Toleranzen die Sollhöhen oder -stärken bzw. die planmäßige Querneigung nicht eingehalten wurden, so hat der AN auf eigene Kosten diesen Mangel mittels einer bituminösen Ausgleichsschicht bzw. mittels Abfräsen zu beseitigen.
- Erfolgt die Abrechnung nach $[\text{kg/m}^2]$ bzw. $[\text{to}]$ so sind den Abrechnungsunterlagen SOLL-IST-Verbrauchergegenüberstellung mit der dazugehörigen Lieferscheinaufstellung beizugeben. Ist bei bituminösen Schichten der Einbau nach Schichtdicke bzw. Fläche vorgeschrieben, so erfolgt die Abrechnung nach Bohrkernen.
- Die Ermittlung der Einheitspreise, die der Abrechnung zu Grunde gelegt werden, erfolgt nach den Formularen, die vom AG zur Verfügung gestellt werden.

6. Umleitungsstrecke



Quelle: <https://geoportal.bayern.de/bayernatlas>

Darstellungen vorbehaltlich der Verkehrsrechtlichen Anordnung der Verkehrsbehörde.

Anmerkungen und Ergänzungen

a) Anforderungen an die ausführende Firma

Der Baustellenführende muss mit den anfallenden Arbeiten vertraut sein; er muss nachweisbar solche Leistungen ausgeführt haben und darf **ohne Genehmigung der Bauleitung nicht ausgewechselt werden**.

Der AN hat die Leistung durch seinen eigenen Betrieb auszuführen. Der Einsatz von Subunternehmern für Teile der Leistungen ist nur bei ausdrücklicher Genehmigung des AG bei rechtzeitiger vorheriger Anfrage durch den AN zulässig.

b) Hinweise zum Leistungsverzeichnis

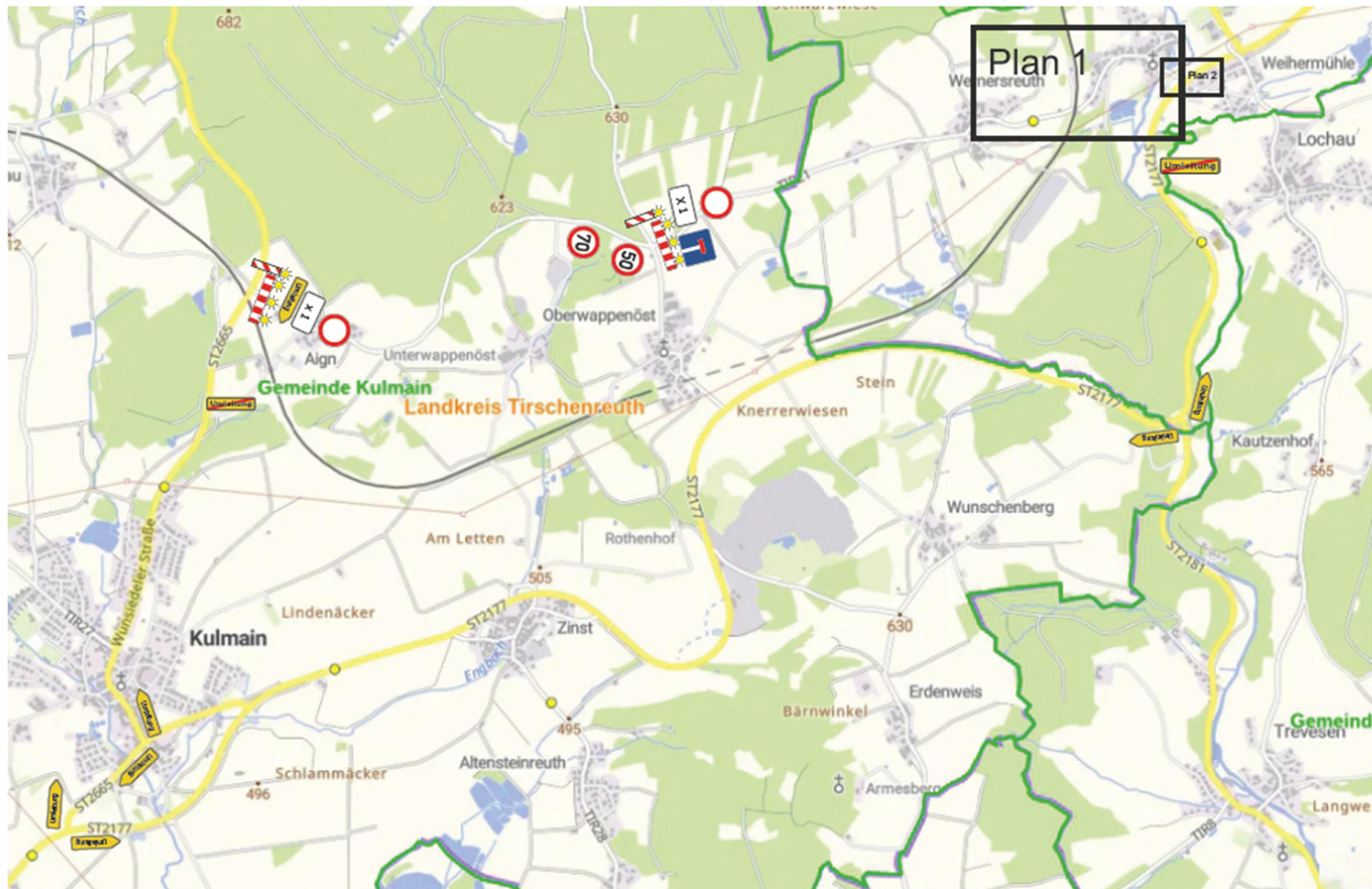
Die beigelegten Anlagen sind vollständig auszufüllen. Falls die Unterlagen unzureichend ausgefüllt sind, kann das Angebot u.U. nach § 25 VOB/A ausgeschlossen werden.

- Die Einheitspreise sind grundsätzlich in das dafür vorgesehene Feld im Leistungsverzeichnis verbindlich einzutragen. Maßgebend ist die Eintragung im Leistungsverzeichnis.
- Falls im Leistungsverzeichnis nichts gegenteiliges beschrieben ist, verstehen sich die angegebenen Einheitspreise einschließlich Lieferung sämtlicher in der Position erwähnten Materialien, sowie aller Nebenarbeiten und -leistungen, die zur Durchführung der geforderten Leistungen notwendig sind.
- Der Bieter erklärt mit der Angebotsabgabe, sich von den örtlichen Gegebenheiten, den Unterbringungsmöglichkeiten, den Untergrundverhältnissen, Zufahrtswegen, Materiallagermöglichkeiten usw. genauestens orientiert zu haben.

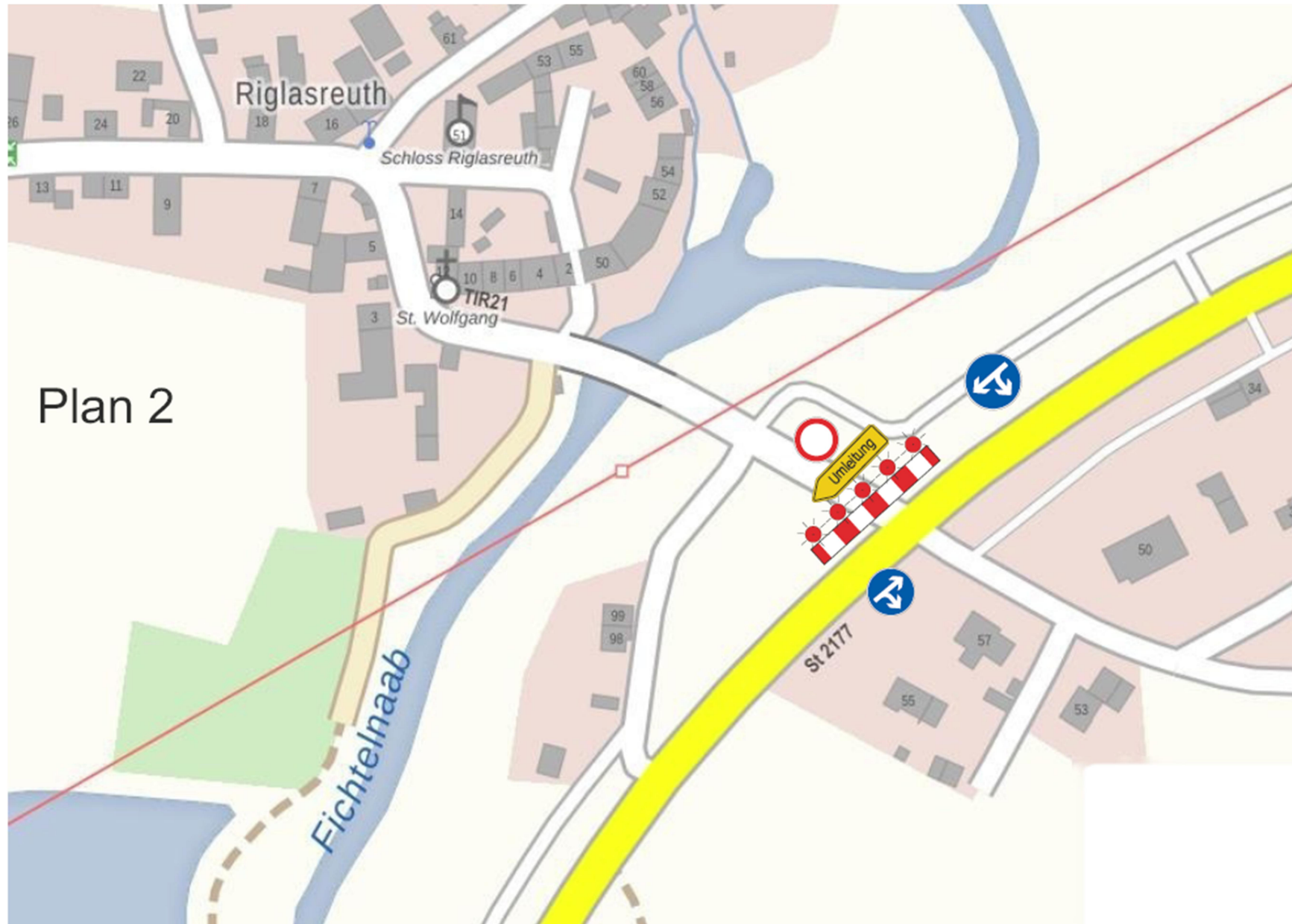
Irgendwelche Nachforderungen, die aus Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse entstehen, können nicht anerkannt werden.

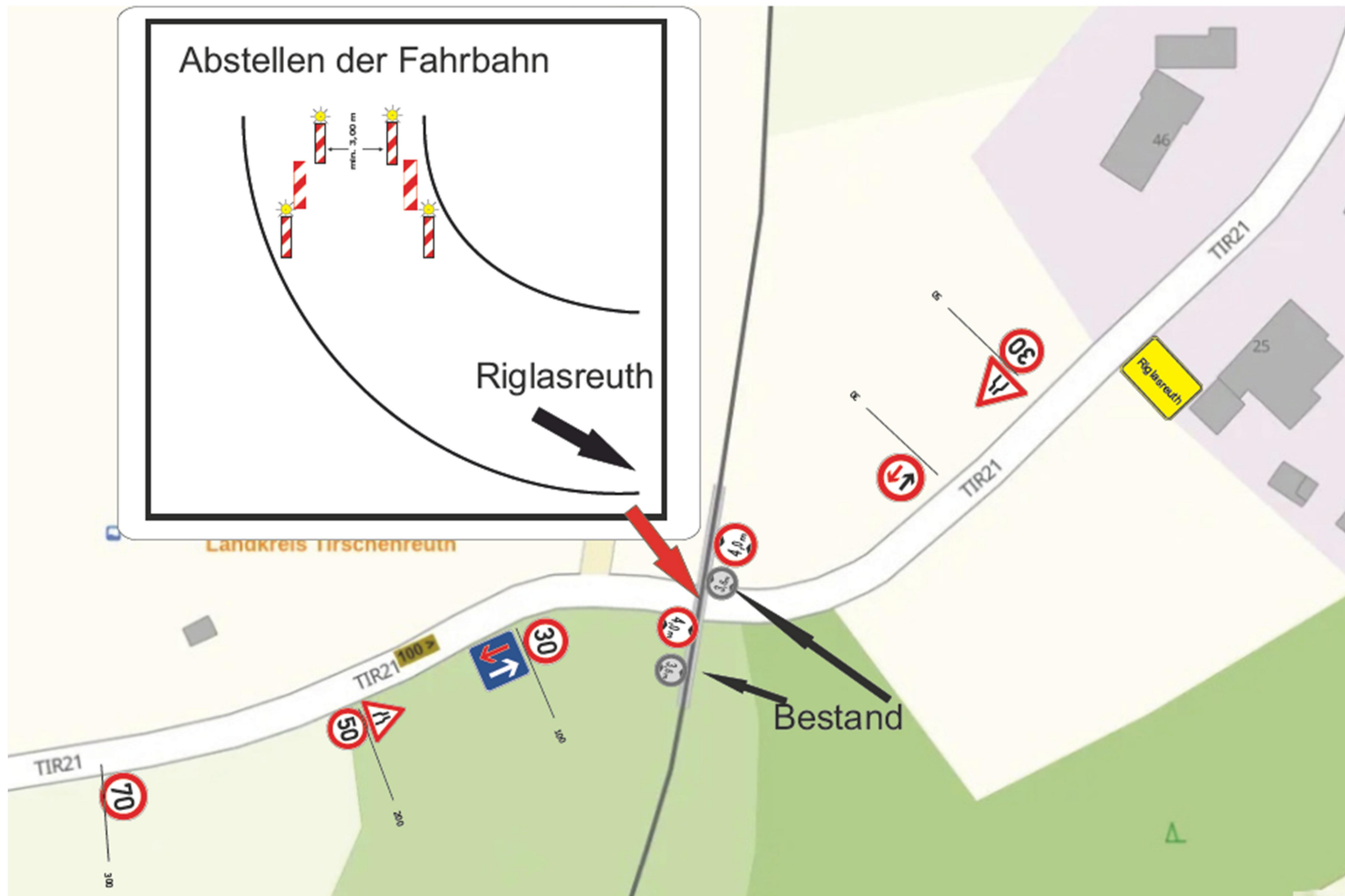
Anlage 1 zur Baubeschreibung

TIR 21 Vollsperrung Riglasreuth



X 1 = frei bis Wernersreuth





Verengung auf eine Fahrbahn unter der Bahnunterführung.
 Vorhandene Höhenbeschränkung an der Unterseite Unterführung (3,6m) ist beidseitig berührungsfrei abzudecken.
 Abstellen der Fahrbahn unter der Bahnunterführung mit je 3 Absperrbaken pro Seite trichterförmig von Riglasreuth kommend, Mindestbreite 3,00 m an der engsten Stelle.



Höhenbeschränkung auf den Wegweisern TIR 21 (bei Einmündung St 2177) berührungsfrei auskreuzen.



Höhenbeschränkung auf der St 2177 in beiden Richtungen berührungsfrei auskreuzen bzw. abdecken (vor Abzweigung TIR 21).

Anlage 2 zur Baubeschreibung



Absicherung des Arbeitsbereiches auf der St 2177 gem. Regelplan C I / 4
Linksabbiegespur auf der St 2177 FR Pullenreuth auskreuzen, der Gegenverkehr
FR Kulmain wird über die Linksabbiegespur der St 2177 geführt

Besondere Vertragsbedingungen für die Ausführung folgender angebotener Bauleistungen

KFB V 9a
(Besondere Vertragsbedingungen (Tiefbau))

Vergabenummer

Baumaßnahme

Kreisstraße TIR 21: Ausbau OD Riglasreuth

Leistung

1. Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)

1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (= Ausführungsfristen):

Mit der Ausführung ist zu beginnen

☒ am 13.07.2026 ☐ spätestens _____ Werktagen nach Zugang des Auftragschreibens.

☐ in der _____ KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.

☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B);
die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum _____ zugehen. Das Auskunftsrecht gemäß
§ 5 Abs. 2 Satz 1 VOB bleibt hiervon unberührt.

☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

☒ am 16.07.2027

☐ innerhalb von _____ Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.

☐ in der _____ KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.

☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (= Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:

☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn.

☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung.

☒ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen

☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

☒ Mittlerer Teil der OD (Bau-km 0+123 bis 0+260)

bis 31.10.2026 (Einbau Deckschicht, Winterdienst)

2. Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)

2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist genannten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

☐ _____ EUR (ohne Umsatzsteuer)*)

☐ _____ Prozent der Abrechnungssumme ohne Umsatzsteuer.*)

Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt.

Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil der Abrechnungssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt _____ Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.**)

Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den Teil der Abrechnungssumme begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3. Zahlung (§ 16 VOB/B)

Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gemäß

§ 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gemäß § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B verlängert auf _____ Tage.

4. Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

☐ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.

☒ Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von _____ 5,0 Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

*) Hinweis: Die Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs darf 0,1 v. H. der Netto-Abrechnungssumme nicht überschreiten.

**) Hinweis: Die Vertragsstrafe darf insgesamt 5 Prozent der Netto-Abrechnungssumme nicht überschreiten.

5. Sicherheitsleistung für Mängelansprüche

- ☐ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.
- ☒ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt _____ 3 Prozent der Summe der Schlussrechnung, einschließlich erteilter Nachträge.

6. Mängelansprüche

Für folgende Leistungen, für die in den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen keine Verjährungsfrist für Mängelansprüche angegeben ist und für die die Verjährungsfrist nach § 13 Nr. 4 VOB/B nicht gelten soll, beträgt die Mängelanspruchsfrist:

für _____	: _____ Jahre
für _____	: _____ Jahre
für _____	: _____ Jahre
für _____	: _____ Jahre
für _____	: _____ Jahre
für _____	: _____ Jahre

Die Verjährungsfristen von Mängelansprüchen nach den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen betragen für:

- | | | |
|-----|--|---------|
| 6.1 | Erdbauwerke, Entwässerungsanlagen, Böschungssicherungen und Kunstbauten einschließlich Isolierung, Geländer usw. | 5 Jahre |
| 6.2 | Betonfahrbahndecken Belastungsklassen Bk 100 - Bk 32 | 5 Jahre |
| | Betonfahrbahndecken Belastungsklassen Bk 10 - Bk 0,3 | 4 Jahre |
| 6.3 | Tragschichten nach ZTVT-StB 95/Fassung 2002 (nicht Abschnitt 4 - Asphalttragschichten) | |
| | 8.3.1 im Vollausbau (nicht stufenweise) | 4 Jahre |
| | 8.3.2 in anderen Fällen | 3 Jahre |
| 6.4 | Fahrbahndecken aus Asphalt nach ZTV Asphalt - StB 07 | |
| | 6.4.1 im Vollausbau (nicht stufenweise) Bauklassen SV und I | 5 Jahre |
| | im Vollausbau (nicht stufenweise) Bauklassen II bis VI bzw. . Bk.1,0. | 4 Jahre |
| | in allen anderen Fällen (stufenweiser Vollausbau, Zwischenausbau, Erneuerung usw.) gilt: | |
| | 6.4.2 Asphaltdeckschichten mit | |
| | – mindestens 2,0 cm Dicke auf Asphaltunterlagen oder | |
| | – mindestens 50 kg/m ² Einbaumenge | |
| | – Asphalttragdeckschichten | 2 Jahre |
| | 6.4.3 zweischichtigen Aufbau aus Asphaltbinder- und Asphaltdeckschicht bis 8,5 cm Dicke oder bis einschließlich 215 kg/m ² Einbaumenge | 3 Jahre |
| | 6.4.4 Asphalttragschichten jedoch nicht weniger als bei zweischichtigem Aufbau aus Asphaltbinder- und Asphaltdeckschicht, wenn der Bauvertrag deren Herstellung umfasst, jedoch nicht mehr als 4 Jahre | 3 Jahre |
| | 6.4.5 zweischichtiger Aufbau aus Asphaltbinder- und Asphaltdeckschicht mit mehr als 8,5 cm Dicke bis einschließlich 11,5 cm Dicke oder mehr als 215 kg/m ² Einbaumenge bis einschließlich 290 kg/m ² Einbaumenge | 4 Jahre |
| | 6.4.6 zweischichtigen Aufbau aus Asphaltbinder- und Asphaltdeckschicht mit mehr als 11,5 cm Dicke oder mehr als 290 kg/m ² | 5 Jahre |
| | 6.4.7 Brückenbeläge | 5 Jahre |
| 6.5 | Pflasterarbeiten – bei Vollausbau | 4 Jahre |
| | – in anderen Fällen und bei Ausgrabungen | 2 Jahre |
| 6.6 | Landschaftsgärtnerische Arbeiten | 2 Jahre |
- Die Mängelanspruchsfrist beginnt mit der Abnahme, bei festgestellten Mängeln mit dem Zugang der schriftlichen Mängelrüge.

7. Abzugsregelungen in Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (ZTV):

Grundsätzlich ist bei Über- oder Unterschreitung der vereinbarten Grenzwerte eine Mängelbeseitigung nach § 13 Abs. 5 VOB/B vorzunehmen. Sollte aus Gründen der Verhältnismäßigkeit auf ein Nachbesserung zu Gunsten eines Abzuges vereinbart werden, gelten folgende Vorschriften:

- Vergabehandbuch für den kommunalen Tiefbau (HIV-KOM)
- Asphalt-Kommunalstraßenregelung
- Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung
- ZTV-Vorschriften in der aktuellen Fassung

8. Bürgschaften (§ 17 VOB/B)

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- die Vertragserfüllung das Formblatt KFB BD 3a „Vertragserfüllungsbürgschaft“
- die Mängelansprüche das Formblatt KFB BD 3c „Mängelansprüchebürgschaft“
- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt KFB BD 3b „Abschlagszahlungs-/Vorauszahlungsbürgschaft“

9. Technische Spezifikation

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z. B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“, immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

10. Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

11. Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln

☒ Die Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist verboten.

12. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

(Hinweis: Die Bedingungen sind zu nummerieren; werden keine weiteren Bedingungen aufgenommen, ist zu schreiben: „K e i n e“. Der Rest der Seite ist so zu sperren, dass keine weiteren Eintragungen vorgenommen werden können.)

Änderungen gegenüber dem Original-Formular sind mit einem roten Randstrich gekennzeichnet.

- - - keine Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen - - -

	Vergabenummer	
	011/2026	
Baumaßnahme Sanierung von Kreisstraßen Kreisstraße TIR 21		
Leistung Ausbau der Ortsdurchfahrt Riglasreuth		

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots
Ergänzung des Angebotsschreibens

Nachunternehmererklärung

1 Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Nebenangebote, die die nachstehende Nachunternehmererklärung abbedingen, sind nicht zugelassen.

2 Ergänzung des Angebotsschreibens

2.1 Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern

Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir im Fall der Auftragserteilung die angebotene Leistung gem. § 4 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B grundsätzlich im eigenen Betrieb ausführen muss/müssen. Ich/wir werde(n) daher die Leistungen, auf die mein/unser Betrieb eingerichtet ist, weitgehend (gleichbedeutend mit mindestens 70 v.H.) im eigenen Betrieb ausführen.

Zum beabsichtigten Einsatz von Nachunternehmern habe(n) ich/wir die **erforderlichen Angaben** in das Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen - 233 eingetragen.

Mir/Uns ist bewusst, dass eine Nichtbeachtung dieser Erklärung meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb zur Folge haben kann.

	Vergabenummer	
	011/2026	
Baumaßnahme Sanierung von Kreisstraßen Kreisstraße TIR 21		
Leistung Ausbau der Ortsdurchfahrt Riglasreuth		

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots
Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Bau- und Abbruchabfällen sowie Baustellenabfällen

1 Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

- 1.1 Wird für die Verwertung bzw. Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle eine andere als die in der Leistungsbeschreibung genannte Lösung der Verwertung bzw. Beseitigung angeboten, hat der Bieter mit seinem Angebot mindestens nachzuweisen, dass
- die vorgesehene Anlage die Berechtigung zur Verwertung und Beseitigung sowie zur Aufnahme des Abfalls besitzt und der Betreiber bestätigt hat, dass er die Bau- und Abbruchabfälle annehmen wird,
 - bei Andienungspflicht (in der Regel gefährliche Abfälle zur Beseitigung) die Bestätigung der Abfallwirtschaftsbehörde vorliegt,
 - die Kosten der Abfallverwertung in die Einheitspreise eingerechnet sind,
 - die Kosten der Abfallbeseitigung benannt sind und vom Auftraggeber unmittelbar getragen werden können.
- 1.2 Soweit in den Vergabeunterlagen gefordert, hat der Bieter zu dem von der Vergabestelle benannten Zeitpunkt die Betreiber der Verwertungs- oder Beseitigungsanlagen sowie für die jeweiligen Stoffgruppen und Belastungsklassen die Verwertungs- oder Beseitigungsanlagen zu benennen und nachzuweisen, dass
- die Betreiber der Verwertungs- oder Beseitigungsanlagen zur Aufnahme des Bau- und Abbruchabfalls berechtigt sind und erklären, die Bau- und Abbruchabfälle abzunehmen,
 - die Betreiber der Verwertungs- oder Beseitigungsanlagen sich damit einverstanden erklären, dass die Abfallwirtschaftsbehörde dem Auftraggeber Auskunft über ihre Eignung zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung erteilt,
 - die Anzeige nach § 53 KrWG erfolgt ist, bzw.
 - die erforderliche Erlaubnis (§ 54 KrWG) vorliegt.

2 Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

- 2.1 Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistung Abfälle zu vermeiden (Verpflichtungsklausel).
- 2.2 Der Auftragnehmer wird mit Aufnahme seiner Tätigkeit Abfallerzeuger (Zweiterzeuger) in Bezug auf Stoffe, für die es keine konkrete Zweckbestimmung von Seiten des Auftraggebers gibt (ausgenommen davon sind also die Stoffe, die planmäßig wiederverwendet werden). Zugleich wird der Auftragnehmer mit Aufnahme seiner Tätigkeit, bei der er automatisch die Sachherrschaft über die Stoffe erlangt, auch Besitzer der in der Leistungsbeschreibung näher aufgeführten Bau- und Abbruchabfälle. Er übernimmt dabei die Pflichten des Auftraggebers zur Verwertung und Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen, insbesondere abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der anerkannten Regeln der Technik. Er führt die von ihm zu erbringenden Nachweise entsprechend dem Kreislaufwirtschaftsgesetz in Verbindung mit der Nachweisverordnung (NachwV). Die Verantwortung zur ordnungsgemäßen Verwertung und Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle verbleibt daneben beim Auftraggeber, der ebenfalls Abfallerzeuger (Ersterzeuger) ist.
- 2.3 Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Bau- und Abbruchabfälle nach den geltenden Vorschriften getrennt zu erfassen und zu halten sowie einer sachgerechten Entsorgung zuzuführen.
- 2.4 Die nach den abfallrechtlichen Bestimmungen zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderlichen Erklärungen, Bestätigungen, Belege usw. sind dem Auftraggeber vorzulegen.

	Vergabenummer	
	011/2026	
Baumaßnahme Sanierung von Kreisstraßen Kreisstraße TIR 21		
Leistung Ausbau der Ortsdurchfahrt Riglasreuth		

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Bearbeitungsphasen, Datenaustausch, allgemeine Regelungen

1 Bearbeitungsphasen

Datenaustausch ist von der ausschreibenden Stelle / dem Auftraggeber vorgesehen für folgende Bearbeitungsphasen:

- Angebotsanforderung
- Angebotsabgabe
- Abrechnung .

2 Datenaustausch

Werden Angebotsdaten elektronisch ausgetauscht, erfolgt dies nach den Regelungen des Gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen

☐ GAEB DA 90.

☒ GAEB DA XML.

Der Datenaustausch für die Abrechnung ist nach den Verfahrensbeschreibungen der Regelungen für Elektronische Bauabrechnung durchzuführen. Der Datenaustausch nach anderen Regelungen (z.B. Edifact) ist im Einzelfall zu vereinbaren.

Die Datenträger sind so zu kennzeichnen, dass eine eindeutige Zuordnung zum Vergabeverfahren bzw. zum Vertrag gewährleistet ist.

3 Abweichungen zwischen Datenaustauschdateien und schriftlicher Fassung

Die Datenaustauschdateien gelten als Arbeitsmittel, es sei denn, sie werden im Rahmen eines elektronischen Vergabeverfahrens über eine Vergabeplattform ausgetauscht.

Bei Abweichungen zwischen den Datenaustauschdateien und der schriftlichen Fassung der Abrechnungsunterlagen gilt die schriftliche Fassung. Inhaltliche Unterschiede gegenüber dem Datenträger sind vom Unternehmer in der schriftlichen Fassung zu kennzeichnen.

SAMMLUNG

ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN

INHALTSVERZEICHNIS

VORBEMERKUNGEN	2
BAUSTELLENEINRICHTUNG UND VERKEHRSSICHERUNG	3
ERDBAU, ENTWÄSSERUNG, LANDSCHAFTSBAU, VERMESSUNG	5
TRAGSCHICHTEN, DECKENBAU	6
STRASSEN AUSSTATTUNG, SONSTIGE ARBEITEN	10
BRÜCKEN- UND INGENIEURBAU	12

Vorbemerkungen

Die hier aufgeführten Vorschriften mit Änderungen und Ergänzungen einschließlich der angegebenen Einführungsschreiben sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne der VOB/B § 1 Abs.2 Nr.4 und werden Vertragsbestandteil.

Bei veröffentlichten Vorschriften ist die Fundstelle bzw. Bezugsquelle in Klammern angegeben.

Nicht veröffentlichte Vorschriften und Einführungsschreiben können bei der Vergabestelle eingesehen werden.

Die bayerischen Einführungsschreiben bzw. Bekanntmachungen zu den einzelnen technischen Regelwerken im Straßenbau können auf der Internetseite des Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr unter der Adresse <https://www.stmb.bayern.de/vum/strasse/bauunterhalt/regelwerke/technischeregelwerke/index.php> abgerufen werden.

Die Zuordnung einer Vertragsbedingung zu einem Abschnitt erfolgte nur aus Gründen der Übersichtlichkeit und schließt die Verbindlichkeit im Allgemeinen nicht aus.

Abkürzungen

AIIMBI	Allgemeines Ministerialblatt, München
ARS	Allgemeines Rundschreiben Straßenbau des BMVI
BASt	Bundesanstalt für Straßenwesen
BayMBI	Bayerisches Ministerialblatt
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
FGSV	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Köln
FLL	Forschungsgesellschaft Landesentwicklung Landschaftsbau e. V., Bonn
MBek	Ministerialbekanntmachung
MS	Ministerialschreiben
StMB	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
VkBI-V	Verkehrsblatt-Verlag, Dortmund

- 1 Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung
- 1.1 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (FGSV-Nr. 369)
- **ZTV-SA 97** - Ausgabe 1997
 - MBek vom 13.01.1998 (AIIMBI S. 81), geändert durch MBek vom 29.05.2024 (BayMBI. 2024 Nr. 248)
 - MBek vom 11.01.2000 (AIIMBI S. 82 und 115)
- 1.2 Technische Lieferbedingungen für Absperrschranken (FGSV-Nr. 368/1)
- **TL-Absperrschranken 97** - Ausgabe 1997
- Technische Lieferbedingungen für Leit- und Warnbaken (FGSV-Nr. 368/2)
- **TL-Leitbaken 97** - Ausgabe 1997
- Technische Lieferbedingungen für fahrbare Absperrtafeln (FGSV-Nr. 368/3)
- **TL-Absperrtafeln 97** - Ausgabe 1997
- Technische Lieferbedingungen für Aufstellvorrichtungen für Schilder und Verkehrseinrichtungen an Arbeitsstellen (FGSV-Nr. 368/4)
- **TL-Aufstellvorrichtungen 97** - Ausgabe 1997
- Technische Lieferbedingungen für Warnbänder bei Arbeitsstellen an Straßen (FGSV-Nr. 368/6)
- **TL-Warnbänder 97** - Ausgabe 1997
- Technische Lieferbedingungen für bauliche Leitelemente (FGSV-Nr. 368/7)
- **TL-Leitelemente 97** - Ausgabe 1997
- Technische Lieferbedingungen für transportable Lichtsignalanlagen (FGSV-Nr. 368/9)
- **TL transportable LSA** - Ausgabe 2023
 - MBek vom 29.05.2024 (BayMBI. 2024 Nr. 247)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für transportable Lichtsignalanlagen (FGSV-Nr. 368/10)
- **ZTV transportable LSA 2023**
 - MBek vom 29.05.2024 (BayMBI. 2024 Nr. 248)
- 1.3 Technische Lieferbedingungen für transportable Schutzeinrichtungen (FGSV-Nr. 368/8)
- **TL-Transportable Schutzeinrichtungen 97** - Ausgabe 1997
 - MBek vom 13.01.1998 (AIIMBI S. 81)
 - MS vom 26.02.1999, IID9-43345-001/99
 - MS vom 13.04.1999, IID9-43345-001/99
 - MS vom 18.05.2016, IID9-43345-001/94
- 1.4 Technische Lieferbedingungen für Leitkegel (FGSV-Nr. 363)
- **TL Leitkegel** - Ausgabe 1994
 - MBek vom 30.12.1994 (AIIMBI 1995 S. 29)
- 1.5 Technische Lieferbedingungen für Warnleuchten (FGSV-Nr. 350)
- **TL-Warnleuchten 90** - Ausgabe 1991
 - MBek vom 22.01.1992 (AIIMBI S. 145)
 - MS vom 04.03.1999, IID9-43322-010/91 (ARS 10/1998)

- 1.6 Technische Liefer- und Prüfbedingungen für transportable Warnschwellen (FGSV-Nr. 392)
- **TLP Warnschwellen 2014** - Ausgabe 2014
 - MS vom 27.05.2015, IID9/IC4-43345-006/01 (ARS 6/2014)

- 2 Erdbau, Entwässerung, Landschaftsbau, Vermessung
- 2.1 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau (FGSV-Nr. 599)
 - **ZTV E-StB 17** - Ausgabe 2017
 - MBek vom 16.01.2018 (AllIMBI. S. 183)
- 2.2 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau (BMVI / FGSV-Nr. 224)
 - **ZTV La-StB 18** - Ausgabe 2018
 - MBek vom 17.11.2020 (BayMBI. 2020 Nr. 722)
 - [Link BMV > Publikationen > ZTV La-StB 18](#)
- 2.3 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflegearbeiten im Straßenbau (FLL)
 - **ZTV Baumpflege** - Ausgabe 2017
 - MBek vom 17.11.2020 (BayMBI. 2020 Nr. 723)
- 2.4 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau (FGSV-Nr. 598)
 - **ZTV Ew-StB 14** - Ausgabe 2014
 - MBek vom 26.05.2015 (AllIMBI S. 326) (ARS 09/2014)
- 2.5 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau (FGSV-Nr. 247)
 - **ZTV Verm-StB 01** - Ausgabe 2001
 - MBek vom 11.10.2001 (AllIMBI S. 684)
- 2.6 Technische Prüfvorschriften für Boden und Fels im Straßenbau (FGSV-Nr. 591)
 - **TP BF-StB** - in der neuesten Fassung
 - MBek vom 10.01.2005 (AllIMBI S. 13)
 - Teil A 2, Probenahme für bodenphysikalische Versuche (FGSV-Nr. 591/A2) -Ausgabe 2016
- 2.7 Technische Lieferbedingungen für Bodenmaterialien und Baustoffe für den Erdbau im Straßenbau (FGSV-Nr. 597)
 - **TL BuB E-StB 20/23** - Ausgabe 2020/Fassung 2023
 - MBek vom 01.08.2023 (BayMBI. 2023 Nr. 401)
- 2.8 Technische Lieferbedingungen für Geokunststoffe im Erdbau des Straßenbaus (FGSV-Nr. 549)
 - **TL Geok E-StB 19** - Ausgabe 2019
 - MBek vom 20.11.2020 (BayMBI. 2020 Nr. 721)
- 2.9 Technische Lieferbedingungen für Gabionen im Straßenbau (FGSV-Nr. 554)
 - **TL Gab-StB 16/23** - Ausgabe 2016/Fassung 2023
 - MBek vom 01.08.2023 (BayMBI. 2023 Nr. 400)

3 Tragschichten, Deckenbau

- 3.1 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt (FGSV-Nr. 799)
 - **ZTV Asphalt-StB 07/13** - Ausgabe 2007 - Fassung 2013
 - MBek vom 03.06.2020 (BayMBI. 2020 Nr. 361) (ARS 08/2019)
- 3.2 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton (FGSV-Nr. 899)
 - **ZTV Beton-StB 07** - Ausgabe 2007 - Änderung / Ergänzung 2013
 - MBek vom 13.12.2013 (AllIMBI 2014, S. 26) (ARS 04/2013)
- 3.3 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen - Betonbauweisen (FGSV-Nr. 898)
 - **ZTV BEB-StB 15** - Ausgabe 2015
 - MBek vom 25.08.2015 (AllIMBI S. 424) (ARS 07/2015)
- 3.4 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Asphaltbauweisen (FGSV-Nr. 798)
 - **ZTV BEA-StB 09/13** - Ausgabe 2009 - Fassung 2013
 - MBek vom 11.11.2014 (AllIMBI S. 519) (ARS 05/2014)
- 3.5 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen (FGSV-Nr. 897/1)
 - **ZTV Fug-StB 15** - Ausgabe 2015
 - MBek vom 10.01.2017 (AllIMBI S. 47)
- 3.6 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen (FGSV-Nr. 699)
 - **ZTV Pflaster-StB 20** - Ausgabe 2020
 - MBek vom 20.11.2020 (BayMBI. 2020 Nr. 720)
- 3.7 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die umweltverträgliche Verwertung von Ausbaustoffen mit teer- / pechtypischen Bestandteilen im Straßenbau in Bayern
 - **ZTVuVA-StB By 03**
 - Anlage zur MBek vom 18.06.2003 (AllIMBI S. 221)
 geändert und ergänzt durch
 - MBek vom 19.07.2006 (AllIMBI S. 238)
- 3.8 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen (FGSV-Nr. 976)
 - **ZTV A-StB 12** - Ausgabe 2012
 - MBek vom 05.07.2012 (AllIMBI S. 493) (ARS 04/2012)
- 3.9 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau (FGSV-Nr. 698)
 - **ZTV SoB-StB 20** - Ausgabe 2020
 - MBek vom 01.08.2023 (BayMBI. 2023 Nr. 405)

- 3.10 Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau (FGSV-Nr. 697)
 - **TL SoB-StB 20** - Ausgabe 2020
 - MBek vom 01.08.2023 (BayMBI. 2023 Nr. 404)
- 3.11 Technische Lieferbedingungen für Baustoffe und Baustoffgemische für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Betonbauweisen (FGSV-Nr. 895)
 - **TL BEB-StB 15** - Ausgabe 2015
 - MBek vom 25.08.2015 (AllIMBI S. 423) (ARS 08/2015)
- 3.12 Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau (FGSV-Nr. 613)
 - **TL Gestein-StB 04/23** - Ausgabe 2004/Fassung 2023
 - MBek vom 01.08.2023 (BayMBI. 2023 Nr. 403)
 geändert mit
 - MBek vom 28.02.2024 (BayMBI. 2024 Nr. 136)
 - **TL Gestein-StB 04/23 - Anhang E** für Gestein nach TL SoB-StB 20
 - **TL Gestein-StB 04/23 - Anhang F.1** für Gestein nach TL Asphalt-StB 07/13
 - **TL Gestein-StB 04/23 - Anhang F.2** für Gestein nach ZTV BEA-StB 09/13
 - **TL Gestein-StB 04/23 - Anhang G** für Gestein nach TL Beton-StB 07
- 3.13 Technische Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen (FGSV-Nr. 797)
 - **TL Asphalt-StB 07/13** - Ausgabe 2007 - Fassung 2013
 - Anhang A der TL Asphalt-StB 07/13 mit den in Bayern gültigen Ergänzungen
 - MBek vom 03.06.2020 (BayMBI. 2020 Nr. 360) (ARS 08/2019)
- 3.14 Technische Lieferbedingungen für Baustoffe und Baustoffgemische für Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton (FGSV-Nr. 891)
 - **TL Beton-StB 07** - Ausgabe 2007 - Änderung / Ergänzung 2014
 - MBek vom 18.08.2014 (AllIMBI S. 432) (ARS 04/2013)
- 3.15 Technische Lieferbedingungen für Straßenbaubitumen und gebrauchsfertige Polymermodifizierte Bitumen (FGSV-Nr. 794)
 - **TL Bitumen-StB 07/13** - Ausgabe 2007 - Fassung 2013
 - MBek vom 25.05.2020 (BayMBI. 2020 Nr. 359) (ARS 08/2019)
- 3.16 Technische Lieferbedingungen für Bitumenemulsionen (FGSV-Nr. 793)
 - **TL BE-StB 15** - Ausgabe 2015
 - MBek vom 03.03.2016 (AllIMBI S. 1461)
- 3.17 Technische Lieferbedingungen für Gummimodifizierte Bitumen
 - **TL RmB-StB By** - Ausgabe 2010
 - MBek vom 03.02.2010 (AllIMBI S. 48)
- 3.18 Technische Lieferbedingungen für Fugenfüllstoffe in Verkehrsflächen (FGSV-Nr. 897/2)
 - **TL Fug-StB 15** - Ausgabe 2015
 - MBek vom 10.01.2017 (AllIMBI S. 47)

- | | | |
|------|---|------------------|
| 3.19 | Technische Lieferbedingungen für flüssige Beton-Nachbehandlungsmittel
- TL NBM-StB 09 - Ausgabe 2009
- MBek vom 07.10.2009 (AllIMBI S. 334) | (FGSV-Nr. 814) |
| 3.20 | Technische Lieferbedingungen für Bauprodukte zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen
- TL Pflaster-StB 06 - Ausgabe 2006
- MBek vom 11.12.2006 (AllIMBI S. 698) | (FGSV-Nr. 643) |
| 3.21 | Technische Lieferbedingungen für Sonderbindemittel und Zubereitungen auf Bitumenbasis
- TL Sbit-StB 15 - Ausgabe 2015
- MBek vom 03.03.2016 (AllIMBI S. 1463) | (FGSV-Nr. 785) |
| 3.22 | Technische Lieferbedingungen für Asphaltgranulat
- TL AG-StB 09 - Ausgabe 2009
- MBek vom 18.08.2017 (AllIMBI S. 384) (ARS 13/2009) | (FGSV-Nr. 749) |
| 3.23 | Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen
Teil: Güteüberwachung
Teil: Ausführung von Oberflächenbehandlungen
- TL G OB-StB 15 - Ausgabe 2015
- MBek vom 10.11.2016 (AllIMBI S. 2162) | (FGSV-Nr. 790/2) |
| 3.24 | Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen
Teil: Güteüberwachung
Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise
- TL G DSK-StB 15 - Ausgabe 2015
- MBek vom 10.11.2016 (AllIMBI S. 2161) | (FGSV-Nr. 790/1) |
| 3.25 | Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen
Teil: Güteüberwachung
Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Heißbauweise auf Versiegelung
- TL G DSH-V-StB 15 - Ausgabe 2015
- MBek vom 28.08.2019 (BayMBI. 2019 Nr. 373) | (FGSV-Nr. 790/3) |
| 3.26 | Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau
Teil: Güteüberwachung
- TL G SoB-StB 20/23 - Ausgabe 2020/Fassung 2023
- MBek vom 01.08.2023 (BayMBI. 2023 Nr. 402) | (FGSV-Nr. 696) |
| 3.27 | Technische Prüfvorschriften zur Bestimmung der Dicke von Oberbauschichten im Straßenbau
- TP D-StB 12 - Ausgabe 2012
- MBek vom 11.06.2013 (AllIMBI S. 311) | (FGSV-Nr. 774) |

- 3.28 Technische Prüfvorschriften für Griffigkeitsmessungen im Straßenbau (FGSV-Nr. 408/1)
Teil: Seitenkraftmessverfahren (SKM)
- **TP Griff-StB 07 (SKM)** - Ausgabe 2007
- MBek vom 09.10.2020 (BayMBI. 2020 Nr. 609)
- 3.29 Technische Prüfvorschriften für Griffigkeitsmessungen im Straßenbau (FGSV-Nr. 408/2)
Teil: Messverfahren SRT
- **TP Griff-StB (SRT)** - Ausgabe 2004
- MBek vom 15.02.2006 in der Fassung vom 24.01.2011 (AllMBI 2011 S. 27) (ARS 19/2010)
- 3.30 Technische Prüfvorschriften für Ebenheitsmessungen auf Fahrbahnoberflächen in Längs- und Querrichtung (FGSV-Nr. 404/1)
Teil: Berührende Messungen
- **TP Eben** - Ausgabe 2017
- MBek vom 26.03.2019, 49-4341-2-2

- 4 Straßenausstattung, Sonstige Arbeiten
- 4.1 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen (FGSV-Nr. 341)
- **ZTV M 13** - Ausgabe 2013
 - MBek vom 07.07.2014 (AIIMBI S. 375) (der letzte Satz in Nr. 2.1 der MBek gilt nicht)
- ergänzt mit
- MS vom 22.11.2016, IID9-43323-005/99 (ARS 25/2016) und
 - MS vom 16.01.2025, StMB-49-43323-1-7-2 (ARS 22/2024)
- 4.2 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (FGSV-Nr. 367)
- **ZTV FRS 13** - Fassung 2017
 - MBek vom 28.03.2018 (AIIMBI S. 350) mit Technischen Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland (Stand: 29.07.2019)
- geändert mit
- MBek vom 02.02.2024 (BayMBI. 2024 Nr. 102) hinsichtlich der „Anforderungen an die Art und den Umfang der Reparatur von Fahrzeug-Rückhaltesystemen aus Stahl und Beton“
- 4.3 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für vertikale Verkehrszeichen (FGSV-Nr. 395)
- **ZTV VZ** - Ausgabe 2011
 - MS vom 06.02.2012, IID9/IID3-4332-005/07 (ARS 9/2011)
- 4.4 Technische Liefer- und Prüfbedingungen für Übergangskonstruktionen zur Verbindung von Schutzeinrichtungen (BASt)
- **TLP ÜK** - Ausgabe 2017
 - MS vom 08.11.2017, IID9-43342-3-1 (ARS 16/2017)
- 4.5 Technische Liefer- und Prüfbedingungen für vertikale Verkehrszeichen (FGSV-Nr. 394)
- **TLP VZ** - Ausgabe 2011
 - MS vom 06.02.2012, IID9/IID3-4332-005/07 (ARS 9/2011)
 - MS vom 07.06.2024, StMB-49-43321-3-3-3 (Aluminiumverbundwerkstoffe)
- 4.6 Technische Lieferbedingungen für Stahlschutzplanken (FGSV-Nr. 366)
- **TL-SP 99** - Ausgabe 1999
 - MBek vom 10.05.2000 (AIIMBI S. 401) (ARS 8/1999)
- 4.7 Technische Lieferbedingungen für Schutzplankenpostenummantelungen (FGSV-Nr. 360)
- **TL-SPU 93** - Ausgabe 1993
 - MBek vom 14.09.1993 (AIIMBI S. 1102)
- 4.8 Technische Lieferbedingungen für Markierungsmaterialien (FGSV-Nr. 375)
- **TL M 23** - Ausgabe 2023
 - MBek vom 11.04.2024 (BayMBI. 2024 Nr. 203)

- 4.9 Technische Prüfbedingungen für Markierungssysteme (FGSV-Nr. 341/4)
- **TP M 2018** - Ausgabe 2018
- MS vom 31.08.2018, 49-43323-1-2 (ARS 12/2018)
- 4.10 Technische Lieferbedingungen für Betonschutzwand – Fertigteile (FGSV-Nr. 362)
- **TL BSWF 96** - Ausgabe 1996
- MS vom 23.12.1998, IID9-43342-007/94 (ARS 03/96)
- 4.11 Technische Lieferbedingungen für Streckenstationen (FGSV-Nr. 3049)
- **TLS 2012** - Ausgabe 2012
- MBek vom 26.08.2015 (AllIMBI S. 425)
- 4.12 Grundsätze für die passiv sichere Aufstellung von Verkehrszeichen (VkBI-V)
- Ausgabe 14.11.2022, Version 02
- MS vom 02.05.2022, Az. 49-43321-3-1 (ARS 02/2022)
- 4.13 Anforderungen an Markierungsleuchtknöpfe (BMVI)
- **MLK** - Ausgabe 2001
- MS vom 15.03.2002, IID9/IC4-43323-001/01 (ARS 36/2001)
- 4.14 Technische Liefer- und Prüfbedingungen für Sichtzeichen
- TLP Sichtzeichen, Ausgabe 2023
- MS vom 26.07.2023, StMB-49-43323-1-5-2 (ARS 04/2023)

5 Brücken- und Ingenieurbau

- 5.1 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (BASt/VkBI-V)
- **ZTV-ING** - Ausgabe Februar 2025
 - mit Liste der Hinweise zu den ZTV-ING (Stand 2023/12)
 - MS vom 14.04.2003, IID8-43420-004/ 03 (ARS 14/2003)
 - MBek vom 18.06.2025, 48-4342.21-2-12-2 (BayMBI. 2025 Nr. 256)
- ergänzt mit ARS 18/2019 vom 26.08.2019
- MBek vom 18.11.2019, 48-4342.21-1-1 (BayMBI. 2019 Nr. 529)
 - [LINK Die BASt > Ingenieurbauwerke > Publikationen > Regelwerke > ZTV-ING](#)
- 5.2 Technische Baubestimmungen Brücken- und Ingenieurbau, Einführung der Eurocodes für Brücken (Beuth-Verlag/VkBI-V)
- MBek vom 08.04.2013, IID8-43420-004/03 (AIIMBI S. 178) (ARS 22/2012)
- 5.3 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für die Herstellung von Brückenbelägen auf Beton (FGSV-Nr. 781/1)
- **ZTV-BEL-B Teil 3: Dichtungsschicht aus Flüssigkunststoff** - Ausgabe 1995
 - MS vom 14.08.1995, IID8-43420-015/91 (ARS 13/1995)
- 5.4 Sammlung „Technische Lieferbedingungen und Technische Prüfverfahren für Ingenieurbauten“ (BASt/VkBI-V)
- **TL/TP-ING** - Ausgabe Februar 2025
 - MBek vom 10.09.2025, 48-4342.22-2-6-6 (BayMBI. 2025 Nr. 370) (ARS 09/2025)
 -
 - **TL BEL-FÜ** – Ausgabe 2022
 - MBek vom 10.09.2025, 48-4342.22-2-6-6 (BayMBI 2025 Nr. 370) (ARS 02/2025)
- 5.5 Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (BASt/VkBI-V)
- **RiZ-ING** - Fortschreibung Dezember 2023
 - MBek vom 17.09.2024, 48-4342.15-2-5-2 (BayMBI. 2024 Nr. 466) (ARS 12/2024)

Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen – für den Straßen- und Brückenbau –

Inhaltsübersicht

1. Ankündigung von Mehrkosten (§ 2 Abs. 3)
2. Veröffentlichungen (§ 3)
3. Baustelle, Baubereich (§ 4)
4. Bautagesberichte (§ 4)
5. Baustellenräumung (§ 4)
6. Ausführungsfristen (§ 5)
7. Verteilung der Gefahr (§ 7)
8. Abrechnung (§ 14)
9. Nachweis der Massen (§ 14 sowie Nr. 10)
10. Bauabrechnung mit IT-Anlagen (§ 14)
11. Sicherheitsleistung (§ 17)
12. Bürgschaften (§§ 16 und 17)
13. Holzprodukte (§ 4 Abs. 6)

Hinweis:

Die Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

1. Ankündigung von Mehrkosten (§ 2 Abs. 3)

Ist für den Auftragnehmer erkennbar, dass durch eine über 10 v. H. hinausgehende Überschreitung des Mengenansatzes Mehrkosten entstehen, die ausnahmsweise zu einem höheren Einheitspreis führen können, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitzuteilen. Unterlässt er schuldhaft diese Mitteilung, hat er den dem Auftraggeber daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

2. Veröffentlichungen (§ 3)

Der Auftragnehmer darf Veröffentlichungen über die Leistung nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.

3. Baustelle, Baubereich (§ 4)

Die Bezeichnungen „Baustelle“ und „Baubereich“ werden in folgendem Sinne verwendet:

3.1 Baustelle: Flächen, die der Auftraggeber zur Ausführung der Leistung, für die Baustelleneinrichtung und zur vorübergehenden Lagerung von Stoffen und Bauteilen zur Verfügung stellt, zuzüglich der Flächen, die der Auftragnehmer darüber hinaus in Anspruch nimmt.

3.2 Baubereich: Baustelle und die Umgebung, die durch die Ausführung der Bauarbeiten beeinträchtigt werden kann.

4. Bautagesberichte (§ 4)

Der Auftragnehmer hat auf Verlangen Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Dies können je nach Art der Leistung insbesondere sein:

- Wetter, Temperaturen,
- Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,

- Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen,
- Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

5. Baustellenräumung (§ 4)

Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind dem früheren Zustand entsprechend wiederherzustellen, soweit die Zustandsveränderung vom Auftragnehmer zu vertreten ist.

6. Ausführungsfristen (§ 5)

6.1 Bei Ausführungsfristen nach Werktagen, werden Werktage, an denen aus zwingenden witterungsbedingten Gründen Bauleistungen nicht erbracht oder bei denen die Ausführung der Bauleistungen spätestens drei Stunden nach Beginn des Arbeitstages abgebrochen und an diesem Tag nicht wieder aufgenommen wurden, nicht auf die Ausführungsfrist angerechnet. Diese Unterbrechung muss dem Auftraggeber am selben Tag angezeigt werden, bei einer zu erwartenden mehrtägigen Unterbrechung auch deren voraussichtliche Dauer.

6.2 Für Ausführungsfristen, die in den Besonderen Vertragsbedingungen nach Datum festgelegt sind, gilt Nr. 6.1 nicht.

7. Verteilung der Gefahr (§ 7)

Zu der teilweise ausgeführten Leistung nach § 7 Abs. 2 gehören auch solche Teile von Kunstbauten, die wegen der Besonderheiten des Bauverfahrens (insbesondere Taktschiebe-, Durchpress-, Vershub-, Absenkverfahren) nicht in endgültiger Lage hergestellt worden sind, aber sich in unmittelbarer Einbauposition, z. B. Vershub- oder Absenkklage, befunden haben.

8. Abrechnung (§ 14)

In den für die gemeinsamen Feststellungen zu verwendenden Aufmaßblättern müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden:

- Auftragnehmer,
- Auftraggeber,
- Nummer des Aufmaßblattes,
- Bezeichnung der Bauleistung,
- Ordnungszahl (OZ).

Unmittelbar über den Unterschriften und dem Datum muss das Aufmaßblatt den Text enthalten: „Aufgestellt“.

9. Nachweis der Massen (§ 14 sowie Nr. 10)

- 9.1 Wenn für die Abrechnung von Stoffen nach Massen im Vertrag keine andere Regelung getroffen ist, so ist der Verbrauch durch Vorlage der Wiegescheine einer geeichten Waage mit Druckwerk (in der Regel Fahrzeugwaage) laufend nachzuweisen.

Die Wiegescheine müssen die folgenden Angaben aufgedruckt enthalten:

- Lieferwerk,
- Name der Baustelle,
- Bezeichnung des Wägegutes,
- Nummer des Wiegescheins,
- Datum und Uhrzeit der Wägung,
- Taramasse (T), kein gespeicherter mittlerer Tarawert (PT),
- Bruttomasse (B),
- Nettomasse (N),
- Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebseigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen),
- Name des Wägers.

Die Wiegescheine sind bei der Anlieferung an der Verwendungsstelle vom Auftragnehmer abzuzeichnen und unverzüglich in doppelter Ausfertigung dem Auftraggeber zu übergeben.

Die Originale der Wiegescheine erhält der Auftraggeber, die bestätigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

Bei schüttfähigem Gut, das nicht zum Anhaften neigt, wie z. B. Sand, Kies, wiederaufbereitete (Recycling-) Stoffe, kann der Nachweis der Masse durch Wiegescheine von geeichten Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen erfolgen.

Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- Der Wiegeschein muss eine Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt.
- Anstelle des Ausdruckes von Tara- und Bruttomasse tritt die Nettogesamtmasse des Ladegutes sowie zusätzlich bei Schaufellader-Waagen die Anzahl der geladenen Schaufeln (Ladevorgänge).
- Die Wiegescheine sind vom Bedienungspersonal der Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen zu unterschreiben.

- 9.2 Der Auftraggeber kann stichprobenartig die Masse einzelner Lieferungen durch Nachwiegen des beladenen und leeren Fahrzeugs nachprüfen (Kontrollwägung).

Wird die Masse des Ladegutes durch Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen ermittelt, ist der Auftraggeber berechtigt, kontinuierlich über den Zeitraum der Lieferungen, bei 10 % der Lieferungen Kontrollwägungen durchführen zu lassen.

- 9.3 Wird bei einer Kontrollwägung eine Unterschreitung von mehr als 1 % festgestellt, erfolgt ein entsprechender Abzug bei den letzten zehn Wiegescheinen, soweit nicht insgesamt eine geringere Abweichung nachgewiesen wird. Diese Kontrollwägungen werden dem Auftragnehmer nicht vergütet. Andere Kontrollwägungen werden vom Auftraggeber vergütet.

Zu den Kosten der Kontrollwägung rechnen alle unmittelbar (Transportkosten, Wiegegebühren usw.) und mittelbar (Wertminderung der Ladung, Einfluss auf den Baustellenbetrieb usw.) durch die Kontrollwägung entstehenden Kosten, jedoch nicht die Kosten für die Beaufsichtigung der Kontrollwägung durch den Beauftragten des Auftraggebers. Sofern die Kosten nach Absatz 1 besonders zu vergüten sind, sind sie im Einzelnen nachzuweisen.

Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen erfolgt bei einer Unterschreitung von mehr als 1 % ein entsprechender Abzug bei allen Lieferungen seit der letzten Kontrollwägung, soweit nicht insgesamt eine geringere Abweichung nachgewiesen wird. Die Kosten für diese Kontrollwägung trägt der Auftragnehmer. Kosten für Kontrollwägungen ohne Beanstandungen tragen der Auftragnehmer und Auftraggeber je zur Hälfte.

10. Bauabrechnung mit IT-Anlagen (§ 14)

Führt der Auftragnehmer die Abrechnung ganz oder teilweise mit IT-Anlagen aus (Leistungsberechnung), so gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

10.1 Rechenverfahren/DV-Programme:

Die verwendeten DV-Programme müssen den in der „Sammlung der Regelungen für die elektronische Bauabrechnung (Sammlung REB)“ enthaltenen Allgemeinen Bedingungen (REB-Allg.) und Verfahrensbeschreibungen (REB-VB) entsprechen. Andere Rechenverfahren dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verwendet werden.

10.2 Vereinbarung:

Vor Beginn der Ausführung (Vertragsfristen gemäß den Besonderen Vertragsbedingungen) ist, gegebenenfalls getrennt für einzelne Ordnungszahlen (Positionen), eine Vereinbarung zur Bauabrechnung schriftlich abzuschließen.

10.3 Datenübergabe:

Nach Abschluss der Vereinbarung zur Bauabrechnung, spätestens vor Beginn der Bauabrechnung sind vom Auftragnehmer für die vereinbarten Datenarten Testdaten an den Auftraggeber zu übergeben.

Eingabedaten sind auf Datenträgern zu liefern. Diese sind erst nach Durchführung der Leistungsberechnung herzustellen und eindeutig zu kennzeichnen. In der Mengenberechnung des Auftragnehmers ist ein Bezug der Eingabedaten zu den Ausführungs- bzw. Abrechnungsunterlagen herzustellen.

10.4 Berichtigung der Leistungsberechnung:

Werden bei Prüfung der Leistungsberechnung fehlerhafte Eingabedaten oder falsche Rechenergebnisse festgestellt, so ist die Leistungsberechnung vom Auftragnehmer im erforderlichen Umfang zu wiederholen.

10.5 Toleranz-Regelung bei Prüfberechnungen:

Wird die vom Auftragnehmer aufgestellte Abrechnung vom Auftraggeber mittels IT-Anlagen geprüft und werden dabei Unterschiede zwischen den jeweiligen Ergebnissen festgestellt, dann gelten bei Abweichungen vom Ergebnis der Prüfberechnung bis zu 0,2 vom Tausend bei jeder Ordnungszahl (Position) eines Berechnungsabschnitts die vom Auftragnehmer berechneten Werte.

Liegen Abweichungen außerhalb dieser Toleranz von 0,2 vom Tausend, teilt der Auftraggeber zunächst dem Auftragnehmer die abweichenden Ergebnisse der Prüfberechnung mit und gibt ihm Gelegenheit zur Einsichtnahme in die Prüfberechnung. Es gilt in diesem Falle das jeweils kleinere Ergebnis, falls nicht aufgrund einer vom Auftragnehmer verlangten Aufklärung der Abweichungen, Fehler in der Leistungs- bzw. Prüfberechnung festgestellt und berichtigt werden.

10.6 Toleranz-Regelung bei Vergleichsberechnungen:

Wird die vom Auftragnehmer aufgestellte Abrechnung vom Auftraggeber mit einer Vergleichsberechnung geprüft, sind in der Vereinbarung zur Bauabrechnung schriftlich Toleranzregelungen zu vereinbaren.

Liegen Abweichungen außerhalb der vereinbarten Toleranzgrenzen, teilt der Auftraggeber zunächst dem Auftragnehmer die abweichenden Ergebnisse der Vergleichsberechnung mit und gibt ihm Gelegenheit zur Einsichtnahme in die Vergleichsberechnung. Es gilt in diesem Falle das jeweils kleinere Ergebnis, falls nicht aufgrund einer vom Auftragnehmer verlangten Aufklärung der Abweichungen, Fehler in der Leistungs- bzw. Vergleichsberechnung festgestellt und berichtigt werden.

11. Sicherheitsleistung (§ 17)

11.1 Sicherheit für Vertragserfüllung ist bei einem Auftrag im Offenen Verfahren oder in einer Öffentlichen Ausschreibung von mehr als 250.000 EUR (ohne Umsatzsteuer) in Höhe von 5 v. H. der Auftragssumme (ohne Nachträge) zu leisten.

11.2 Die Sicherheit für Vertragserfüllung ist auf Verlangen des Auftragnehmers nach Abnahme gegen eine Sicherheit für Mängelansprüche in Höhe von 3 v. H. der Abrechnungssumme auszutauschen. Sind noch festgestellte Mängel zu beseitigen, erhöht sich die Sicherheit um den zweifachen Betrag der voraussichtlichen Aufwendungen für die Mängelbeseitigung.

11.3 Eine nicht verwendete Sicherheit wird zurück gegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen sind.

12. Bürgschaften (§§ 16 und 17)

12.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, sind die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.

12.2 Die Bürgschaft ist von einem

- in den Europäischen Gemeinschaften oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer zu stellen.

12.3 Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

– „Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.

– Auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Hauptschuldners.

– Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.

– Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.

– Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle“.

12.4 Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur e i n e r Urkunde zu stellen.

12.5 Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.

12.6 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

13. Holzprodukte (§ 4 Abs. 6)

13.1 Holzprodukte als Bestandteil der Bauleistung müssen nach FSC/PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllen.

13.2 Der Nachweis der Anforderungen aus Nr. 13.1 ist vom Auftragnehmer bei Anlieferung auf der Baustelle durch Vorlage eines Zertifikates von FSC oder PEFC oder eines Gleichwertigkeitsnachweises oder durch Einzelnachweis zu erbringen.

13.3 Der Nachweis der Gleichwertigkeit – d. h. Übereinstimmung des Zertifikates mit dem für das jeweilige Herkunftsland geltenden Standards von FSC oder PEFC – bzw. der Nachweis, dass die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt werden, ist durch eine Prüfung vom Johann Heinrich von Thünen-Institut in Hamburg oder dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Bonn zu erbringen.

Asphalt - Kommunalstraßenregelung

Änderungen und Ergänzungen der ZTV Asphalt-StB 07/13, Fassung 2013, Änderungen 2017

Gemäß den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt (ZTV Asphalt-StB 07/13) sowie der Bekanntmachung der Obersten Baubehörde vom 18.8.2017 (AllmBI S. 387) werden für den Hohlraumgehalt der fertig eingebauten Schichten folgende zulässige Höchstwerte vereinbart:

Asphalttragschichten AC T	10,0 Vol %
Asphalttragdeckschichten AC TD	6,5 Vol %
Asphaltbinderschichten AC B	8,5 Vol %
Asphaltdeckschichten aus Asphaltbeton AC 16 DS	6,5 Vol %
Asphaltdeckschichten aus Asphaltbeton AC 11 DS, AC 8 DS	5,5 Vol %
Asphaltdeckschichten aus Asphaltbeton AC DN, AC DL	5,5 Vol %
Asphaltdeckschichten aus Splittmastixasphalt SMA	5,0 Vol %

Bei den mit S gekennzeichneten Asphaltarten dürfen die von der Obersten Baubehörde festgelegten Mindest-Hohlraumgehalte in der fertigen Schicht nicht unterschritten werden.

Die Toleranz (Vertrauensbereich für Produktion, Probenahme und Prüfung) ist in diesen Grenzwerten bereits eingeschlossen. In Abänderung der ZTV-Asphalt-StB 07/13 ist die zur Berechnung der Hohlraumgehalte erforderliche Rohdichte an Bohrkernsammelproben zu bestimmen. Auch der Bindemittelgehalt, der Erweichungspunkt Ring und Kugel und die Korngrößenverteilung werden an Sammelproben bestimmt. Alle Bohrkern einer Sammelprobe müssen gleichartige Gesteine enthalten.

Der Erweichungspunkt Ring und Kugel des aus den Bohrkernen rückgewonnenen Bindemittels darf die in Tabelle 16 der ZTV Asphalt-StB 07/13 angegebenen Grenzwerte nicht überschreiten. Er wird an Bohrkernen regelmäßig festgestellt.

Regelmäßig bilden jeweils 4 Bohrkern eine Sammelprobe. Überzählige Bohrkern werden der letzten Sammelprobe zugeschlagen.

Die auf diese Weise ermittelten Prüfergebnisse werden der Abrechnung und der Abnahme nach ZTV Asphalt-StB 07/13 zu Grunde gelegt.

Die Toleranzen für Mischgut-Einzelproben gelten für jede Bohrkern-Sammelprobe im Sinne der vorliegenden Regelung.

Die Probenahme zur Ermittlung der Einbaudicke, des Hohlraumgehalts, des Bindemittelgehalts und der Korngrößenverteilung erfolgt durch den Auftragnehmer ohne besondere Vergütung in Anwesenheit und nach Anweisung des Auftraggebers oder seines Beauftragten nach dem als Anlage beigefügten Formblatt. Der Auftraggeber bestimmt die Prüfstelle, beauftragt die Prüfstelle, nimmt die Proben in Verwahrung, übernimmt den Probenversand und trägt gemäß ZTV die Kosten der Kontrollprüfung.

Wenn alle vorgenannten regelmäßigen Bohrkern ohne Aufhebung des Schichtenverbunds entnommen werden konnten, behält sich der Auftraggeber die Entnahme weiterer Bohrkern zur Prüfung des Schichtenverbunds nach der Regelung der Bekanntmachung der Obersten Baubehörde vom 18.8.2017 vor.

Abgerechnet wird bei Asphaltdeck-, -binder- und -tragschichten die im Leistungsverzeichnis angegebene Breite der obersten Schicht. Bei Fahrbahnaufweitungen, Verbreiterungen und im Bereich von Randeinfassungen gilt das örtliche Aufmaß.

Die Kosten für die Entnahme von Bohrkernen gemäß „Niederschrift über die Entnahme von Asphaltbohrkernen“ einschließlich Schließen der Bohrlöcher mit Asphaltmischgut, werden nicht gesondert vergütet und sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Der Anhang A der ZTV Asphalt-StB 07/13 wird um folgenden Teil A 2.8 „Überschreitung des Hohlraumgehaltes“ ergänzt.

Überschreitet der Hohlraumgehalt der fertigen Schichten den zulässigen Höchstwert wird ein Abzug nach folgender Formel vorgenommen:

$$A = \frac{p^2}{100} \times 3 \times EP \times F$$

Darin bedeuten:

- A = Abzug in EUR
- p = Überschreitung des zulässigen Hohlraumgehalts in Vol %
- EP = der sich aus der Abrechnung ergebende Einheitspreis in EUR / m²
- F = dem Einzelbohrkern zugehörige Fläche in m².

Verfahren bei mangelhafter Leistung nach VOB/B Ausgabe 2016

Der Auftragnehmer hat das Recht auf Nacherfüllung des mangelhaften Werks. Ergänzend zu § 13 VOB/B gilt:

Der Auftraggeber kann bei Über- bzw. Unterschreitungen von Grenzwerten der Einbaudicke, des Bindemittelgehalts, des Hohlraumgehalts oder der Ebenheit, die einen Sachmangel nach § 13 Nr. 1 VOB/B darstellen, wie folgt vorgehen:

(1) Einbehalt bis zur Mängelbeseitigung

Die Höhe des Einbehalts wegen Über- bzw. Unterschreitung von Grenzwerten

- des Hohlraumgehalts ergibt sich nach o.g. Formel,
- der Einbaudicke, des Bindemittelgehalts und der Ebenheit bemisst sich nach den im Anhang A der ZTV Asphalt-StB 07/13 angegebenen Abzugsformeln.

Bei Mängelbeseitigung bzw. bei Minderung wegen desselben Mangels entfällt der Einbehalt.

(2) Einvernehmliche Minderung

Es bleibt den Vertragsparteien unbenommen, ganz oder teilweise anstelle der Nacherfüllung einen Minderungsbetrag zu vereinbaren, der mit den Ansprüchen des Auftragnehmers verrechnet wird.

(3) Keine einvernehmliche Minderung

Statt der Beseitigung des Mangels kommt eine nicht einvernehmliche Minderung der Vergütung nur unter den Voraussetzungen des § 13 Nr. 6 VOB/B in Betracht. Wird der vertragsmäßige Zustand durch eine teilweise mögliche Mängelbeseitigung nicht voll erreicht, wird die Vergütung insoweit gemindert.

(4) Weiteres

Die Rechte und Ansprüche von Auftraggeber und Auftragnehmer wegen Mängeln aus § 4 Abs. 7 VOB/B und § 13 VOB/B bleiben unbenommen.

Niederschrift über die Entnahme von Asphaltbohrkernen

Reg.-Nr. der Prüfstelle

Bauherr/ Auftraggeber	Landkreis Tirschenreuth Mitterteicher Str. 49 95643 Tirschenreuth		
örtl. Bauüberwachung, Ing.-Büro, Bauamt	Sachbearbeiter: _____ Telefon: _____		
Baumaßnahme	Kreisstraße TIR 21: Ausbau OD Riglasreuth		
	Belastungsklasse: _____		
Auftragnehmer			
Nachunternehmer, Einbaufirma			

1. Nachfolgend benannte Bohrkerne wurden gemäß Nr. 5 entnommen. **Tag der Bohrkernentnahme:** _____

2. **Bezeichnung der Bohrkerne und der Entnahmestellen:** ☐ Weitere Bohrkerne sind in Nr. 7 aufgeführt.

Bezeichnung der Bohrkerne	Entnahmestellen Bau-km / Profil-Nr.	zugeordnete Fläche ¹⁾ m ² / Straßenname	Anmerkungen
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			

3. **Sollwerte der Asphaltsschichten gemäß Bauvertrag:**

Schicht	Asphalt-	Tragschicht	_____ schicht	Tragdeckschicht	Deckschicht	Deckschicht
Mischgutart und -sorte	AC _____ T _____	AC _____	AC _____	AC _____ TD _____	AC _____ D _____	SMA _____
Einbaudicke oder -menge						
Bindemittelart und -sorte						
Soll-Bindemittelgehalt M. -%						
Eignungsnachweis/Erstprüfung						
Standort des Mischwerks						
fällt die Prüfstelle aus	> 2 Anteil und Arten	_____	_____	_____	_____	_____
	0,063 / 2 mit Arten	_____	_____	_____	_____	_____
	< 0,063 Füller	_____	_____	_____	_____	_____
	< 0,125 bzw. > 5,6	_____	_____	_____	_____	_____
	Grobkornanteil	_____	_____	_____	_____	_____
	Asphaltgranulat	_____	_____	_____	_____	_____

Die maßgebenden Erstprüfungen / Eignungsnachweise ☐ sind beigelegt. ☐ werden nachgereicht.

¹⁾ Angabe in der Regel nur bei schwierigen geometrischen Verhältnissen, z. B. Aufweitungen, Kreuzungen, Stichstraßen u. a.

4. Prüfauftrag

4.1 Untersucht werden sollen ☐ alle Schichten ☐ nur folgende Schichten: _____

4.2 Prüfumfang

☐ **Bohrkern-Regeluntersuchung** (Schichtdicke und Hohlraumgehalt jedes Bohrkerne sowie Rohdichte, Bindemittelgehalt, Erweichungspunkt Ring und Kugel und Korngrößenverteilung der Sammelprobe) mit Bewertung der Ergebnisse.

☐ _____

4.3 Zweck: ☐ Kontrollprüfung ☐ Zusätzliche Kontrollprüfung (Einengung) ☐ Schiedsuntersuchung ☐ Schadstellenprüfung

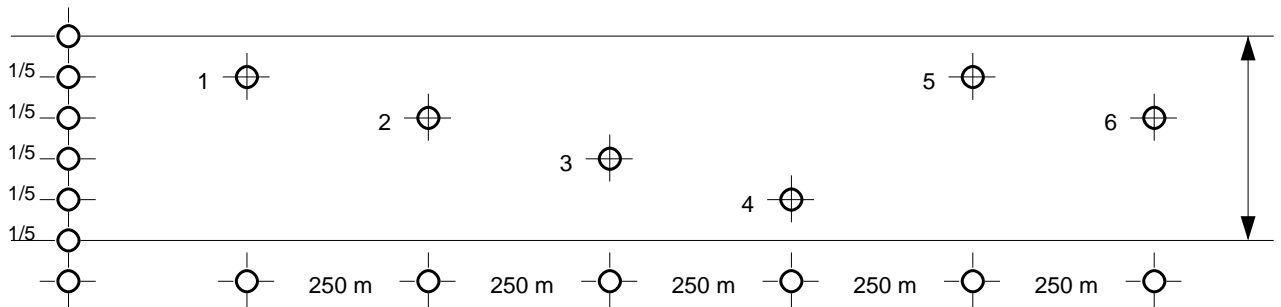
4.4 Prüfstelle: _____

Kostenträger der Prüfung: _____

Versand der Prüfergebnisse an: _____

5. Bohrkernentnahme:

Nach Abschluss von Baumaßnahmen sind vor Abnahme oder am Tag der Abnahme Einzelbohrkerne Ø 15 cm in Abständen von ca. 250 m gemäß nachstehender Skizze zu entnehmen. Bei Baumaßnahmen weniger 1 km sind je Baumaßnahme mindestens 4 Bohrkerne zu entnehmen.



6. Über die Probenahme ist diese Niederschrift (3fach) anzufertigen, die von den an der Probenahme Beteiligten zu unterzeichnen ist. Je eine Fertigung ist für Auftraggeber, Prüfstelle und Auftragnehmer bestimmt.

7. Bezeichnung der weiteren Bohrkerne und der Entnahmestellen:

Bezeichnung der Bohrkerne	Entnahmestellen Bau-km / Profil-Nr.	zugeordnete Fläche ¹⁾ m ² / Straßenname	Anmerkungen
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			

Die Bohrkerne werden in Verwahrung genommen von:

Die ordnungsgemäße und einvernehmliche Probenahme wird bestätigt:

_____ Ort, Datum

Für den Auftraggeber:

Für den Auftragnehmer:

¹⁾ Angabe in der Regel nur bei schwierigen geometrischen Verhältnissen, z. B. Aufweitungen, Kreuzungen, Stichstraßen u. a.